

**Zeitschrift:** Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

**Herausgeber:** Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

**Band:** 5 (1955)

**Heft:** 3

  

**Artikel:** Frankreichs Stellungnahme zur deutschen Einigung während des zweiten Kaiserreiches

**Autor:** Albertini, Rudolf von

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-78646>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# FRANKREICHS STELLUNGNAHME ZUR DEUTSCHEN EINIGUNG WÄHREND DES ZWEITEN KAISERREICHES

Von RUDOLF VON ALBERTINI

An der Klärung der deutsch-französischen Beziehungen und in der Suche nach einer annehmbaren und dauerhaften Lösung kann und muß die Geschichtswissenschaft mitarbeiten. Nicht im Sinne einer Politisierung unserer Wissenschaft, sondern indem sie übernommene Meinungen prüft und den historischen Ballast sichtet, der gerade das deutsch-französische Verhältnis so sehr belastet.

Wie hat Frankreich um die Mitte des 19. Jahrhunderts die deutsche Einigungsbewegung als solche und insbesondere die Politik Bismarcks beurteilt? Wie hat sich die Auseinandersetzung zwischen dem überlieferten Deutschlandbild, den liberalen Ideen und dem Nationalitätenprinzip einerseits, und der Sorge andererseits um Frankreich und seine europäische Machtstellung im Sinne der traditionellen Deutschlandpolitik, die einen geschlossenen Machtkomplex im Norden befürchtet und sich auf Klein- und Mittelstaaten stützen möchte, vollzogen? Wie ordnet sich die seit der Revolution zum Programm erhobene Forderung nach den «natürlichen Grenzen» und der Rheinfront in diese Diskussion ein? Blieben Sympathien für Deutschland bis 1870 lebendig oder bestanden unüberbrückbare Spannungen, und welche Argumente wurden den deutschen Anstrengungen zur Einigung entgegengehalten? Es geht hier nicht um die recht gut bekannte Außenpolitik Napoleons III., sondern um die Diskussion außerhalb der Regierungskreise und der diplomatischen Verhandlungen. Wir müssen allerdings auf den unklaren und

schwer faßbaren Begriff der öffentlichen Meinung<sup>1</sup> verzichten und uns auf die Diskussion im Parlament und in der Presse, auf Broschürenliteratur und auf die in Aufsätzen und Briefen erreichbaren Äußerungen repräsentativer Persönlichkeiten beschränken.

Bis zur Revolution haben in Europa französisches Denken und französische Literatur beinahe uneingeschränkt dominiert. Nach 1815 ist es nun Deutschland, das mit Kant und der idealistischen Philosophie, mit der Klassik Weimars und dann vor allem mit den Romantikern nach Frankreich ausstrahlt<sup>2</sup>. Madame de Staëls Bild von Deutschland bleibt dabei für lange Jahrzehnte maßgebend, obschon ihr bedeutendes Werk «De l'Allemagne» noch vor den Befreiungskriegen abgeschlossen wurde. Die Vorstellung eines naturverbundenen, sittenreinen und phantasiereichen Deutschlands, das in seiner naiven Tiefe und mit seinem ursprünglichen Unabhängigkeitssinn und Individualismus großartige philosophische und literarische Leistungen hervorgebracht hat, prägt sich der jungen Generation in Frankreich ein. Die Begegnung mit Deutschland erscheint als Möglichkeit, die überkommenen sensualistischen, rationalistischen und im wesentlichen atheistischen Lehrmeinungen zu überwinden. Unter dem Einfluß der Staël verläßt der junge und ehrgeizige Lehrer an der Sorbonne Victor Cousin 1817 Paris, um in Heidelberg die deutsche Philosophie kennenzulernen. Er begegnet

---

<sup>1</sup> Während der Drucklegung ist uns LYNN M. CASE, *French opinion on war and diplomacy during the Second Empire*, Philadelphia 1954, bekannt geworden. Hier wird direkt auf die öffentliche Meinung als solche Bezug genommen, indem die Berichte der Procureurs généraux, Polizeipräfekten u. a. herangezogen werden, die periodisch über die Volksstimmung berichten. Die Ergebnisse sind interessant und bemerkenswert, aber es kann im wesentlichen nur herausgebracht werden, ob ein Großteil der Bevölkerung Krieg oder Frieden wünscht. Für die nähere Motivierung müssen wir doch wieder die Presse und die maßgebenden Persönlichkeiten der Politik und der Literatur heranziehen.

<sup>2</sup> Darüber L. REYNAUD, *L'influence allemande en France aux XVIII<sup>e</sup> et au XIX<sup>e</sup> siècle*, Paris 1922, und J. M. CARRÉ, *Les écrivains français et le mirage allemand*, Paris 1947. Beide Arbeiten sind leider nationalistisch verzeichnet. Neuerdings zudem H.-O. SIEBURG, *Deutschland und Frankreich in der Geschichtsschreibung des neunzehnten Jahrhunderts*, Wiesbaden 1954.

Hegel, macht dann dessen Philosophie «publikumsreif» und erreicht mit ihr an der Pariser Universität große Erfolge. Dank ihm gewinnen Kant, Hegel und Schelling in Frankreich hohes Ansehen. Es ist ein idealistisches, sich im denkerischen Raume kühn bewegendes und daher der Freiheit verpflichtetes Deutschland, das hier propagiert wird. Unter Cousins Einfluß pilgert 1826 Edgar Quinet nach Deutschland; er übersetzt dort Herders «Ideen zu einer Philosophie der Geschichte der Menschheit» und widmet sie Cousin. 1828 besucht ihn Michelet, bereits vertraut mit deutschen und schweizerischen Historikern, in Heidelberg<sup>3</sup>. Der große Historiker lernt dort Creuzer, Görres und Jakob Grimm kennen. Herders Volksbegriff und Grimms Rechtsaltertümer sind für Michelets erste historische Werke, vor allem für seine «Origines du droit» 1832—1835, von entscheidender Bedeutung. Michelet hat Deutschland geliebt, hat sich um die Kenntnis Deutschlands in Frankreich bemüht und seinem Dank gegenüber dem deutschen Geist bis zu seinem Tode — trotz allen Enttäuschungen — immer wieder schönen Ausdruck verliehen. In der 1831 begründeten «Revue des deux mondes» kommen die Kenner Deutschlands zum Wort, da sich die Zeitschrift bewußt und sicher mit viel Erfolg bemüht, Frankreich über die geistigen Strömungen und die literarisch-philosophischen Neuerscheinungen auf dem laufenden zu halten.

Von Politik ist wenig die Rede. Deutschland ist ja — nach Madame de Staël — unpolitisch, friedfertig und jeder militärischen Kraftentfaltung abgeneigt; der Deutsche Bund erscheint als die dem deutschen Wesen, das so ausgesprochen die Tradition, individuelle Entwicklung und volksnahes Dasein fordert, entsprechende staatliche Ordnung. Der liberale und universale Gedanke ist in Deutschland lebendig, was dessen Anziehungskraft auf die jungen und liberal gesinnten Franzosen erhöht<sup>4</sup>. Der Befreiungskrieg 1813 bis 1815 und der nationale Gedanke jener Jahre können als Antwort auf die napoleonische Gewaltpolitik verstanden und als elementarer Ausdruck liberalen Willens bejaht werden. So bei Cousin

---

<sup>3</sup> W. KÄGI, *Michelet und Deutschland*, Basel 1936.

<sup>4</sup> «Nur weil die deutsche Bildung seiner Zeit selbst den universalen Blickpunkt vertrat, hat Michelet sich Deutschland solange hingegeben», KÄGI S. 38.

1817<sup>5</sup>, und noch 1868 sieht Michelet Fichte in dieser Perspektive<sup>6</sup>. Betonen die Liberalen den deutschen Freiheitsgedanken, wobei sie etwa zwischen reaktionärer Regierung und Volk unterscheiden, so bewundern die Saint-Simonisten die preußische Organisationskraft als ein positives Element der Zukunft<sup>7</sup>. Eine erste Mahnung und ein erster Hinweis auf eine künftige Bedrohung Frankreichs durch Deutschland entstammt der Feder Quinets. Nur widerstrebend hat die «Revue des deux mondes» 1832 den Aufsatz «De l'Allemagne et de la Révolution» aufgenommen<sup>8</sup>. Quinet wendet sich gegen das idealistische Deutschlandbild. Dieses entspreche nicht mehr der Wirklichkeit, denn «par malheur tout cela est changé». Der idealistische und kosmopolitische Geist sei in Umformung begriffen, die Befreiungskriege hätten den Wunsch nach Einheit zurückgelassen. Der Drang nach Aktion sei erwacht und die Gegenwart werde nur unwillig ertragen. Gallophobe Strömungen machten sich in Deutschland bemerkbar, und selbst der Anspruch auf Elsaß-Lothringen werde erhoben; «oui, l'unité, voilà la pensée profonde, continue, nécessaire, irrévocable, qui travaille ce pays et le sillonne en tous sens». Man sei bereit, die Freiheit zu Gunsten der nationalen Einheit aufzugeben, die Führung Preußen anzuvertrauen und den Kampf gegen Frankreich anzutreten. Quinet kritisiert die Vertrauensseligkeit Frankreichs, seine außenpolitische Inaktivität und verlangt eine Politik, die die demokratischen Kräfte im Ausland unterstützt. Obschon Quinet in den folgenden Jahren in weiteren Aufsätzen die geistig-politischen Wandlungen analysiert und obschon auch Heinrich Heine vor Deutschland warnt, ist Frankreich aber nicht bereit, das Staëlsche Deutschlandbild aufzugeben.

Die politische Diskussion spielt sich zudem auf einer anderen Ebene ab. Es geht — vor allem nach 1830 — um die Formulierung einer liberalen Außenpolitik. Der freiheitliche Missionsgedanke der Girondisten lebt bei der republikanisch-demokratischen Opposition der Hugo, Lamartine, Carrel, Ledru-Rollin u. a. wieder mächtig auf, die gegenüber der zurückhaltenden Außenpolitik des Juli-

<sup>5</sup> CARRÉ S. 44.

<sup>6</sup> Im Vorwort zur zweiten Auflage seiner *Revolutionsgeschichte*, S. IX.

<sup>7</sup> CARRÉ S. 50.

<sup>8</sup> Wir zitieren nach der Broschürenausgabe von 1832.

Königtums eine aktive Unterstützung der nationalen Bewegungen in Italien, Polen und Deutschland fordern<sup>9</sup>. Gleichzeitig wird die Forderung nach der Rheingrenze erhoben, auch hier die revolutionäre Tradition übernehmend und in Opposition zu den Verträgen von 1814—1815. Die beiden Forderungen stehen aber in keinem bewußten Gegensatz und sind nicht eigentlich machtpolitisch gedacht — mit Ausnahme vielleicht von Louis Blanc —, sondern in ein Bild europäischer Völkerverständigung eingefügt, das etwas später von Victor Hugo unter dem Programm der Vereinigten Staaten von Europa zusammengefaßt wird. Die Vertreter der Juli-Monarchie wie Thiers, Guizot und de Broglie lehnen hingegen die Interventionspolitik ab. Thiers betont mehrmals, daß eine Intervention eine mächtige europäische Koalition auf den Plan rufen würde und dem liberalen Gedanken keineswegs förderlich wäre. Es sei die Politik Frankreichs, die deutschen Einzelstaaten zu unterstützen; darin liege seine Sicherheit<sup>10</sup>. Der Historiker der Revolution und Napoleons knüpft an dessen Deutschlandpolitik an. Rückgewinnung der Rheingrenze und Einschaltung eines Pufferstaates zwischen Preußen und Frankreich bleiben für Thiers die unabänderlichen Ziele französischer Deutschlandpolitik<sup>11</sup>. Eine französische Interventionspolitik würde die Befreiungskriegs-Stimmung wieder heraufbeschwören und in besonderer Weise die deutsche Einigungsbewegung fördern<sup>12</sup>.

Dies war zweifellos richtig. Die Interventionsforderungen und Rheinprojekte haben in Deutschland ein starkes Mißtrauen erzeugt und den liberalen Enthusiasmus französisch-deutscher Verbrüderung in einem eigentümlichen Licht erscheinen lassen. Nun hat aber gerade Thiers mit seiner Politik während der Orientkrise 1840 dieses deutsche Mißtrauen außerordentlich verstärkt; in beiden

---

<sup>9</sup> Darüber PH. SAGNAC, *La crise de l'occident et la question du Rhin, essai sur l'esprit public en France et en Allemagne* (1830—1840) in: *Revue des études napoléoniennes* 1919—1920; Q. J. HAMMEN, *The failure of an attempted Franco-German liberal rapprochement 1830—1840*, in *American Historical Review*, 1946.

<sup>10</sup> Rede vom 9. 4. 1834, *Discours parlementaires*, hg. von CALMON, Bd. II, 308.

<sup>11</sup> SIEBURG, S. 205ff.

<sup>12</sup> Rede vom 2. 6. 1836, *Discours parlementaires*, Bd. III, S. 492.

Ländern werden nationalistische Töne angeschlagen. In Frankreich spricht man von der Rheingrenze und verlangt eine energische Politik. Kein Wunder, wenn sich in Deutschland die Blicke vermehrt nach Preußen wenden, das allein Frankreich Widerstand zu leisten vermag. In dieser gespannten Atmosphäre entstehen das berühmte Lied Nikolaus Beckers vom deutschen Rhein und die entsprechenden Antworten Alfred de Mussets und Quinets. Lamartine und Hugo halten ihre völkerversöhnende Hoffnung aufrecht, aber die Beziehungen sind doch seit 1840 getrübt. In Frankreich rückt nun Preußen vermehrt ins Bewußtsein, und man folgt kritisch seinem Vordringen und seinem wachsenden Einfluß im Deutschen Bund. Die innere Problematik des liberalen Programms zeichnet sich ab. Denn wer das Nationalitätenprinzip vertritt und die Einheitsbewegungen in Italien, der Schweiz und in Polen unterstützt, muß das Recht zur Einheit auch Deutschland zusprechen, um so mehr als sich auch Frankreich gegen die Verträge von 1815 wendet und in Österreich einen Exponenten reaktionärer und anti-nationaler Politik sieht. Die Einberufung des Vereinigten Landtages in Preußen 1847 bringt hier weitere Schwierigkeiten, da sich nun plötzlich Preußen an die Spitze der liberalen Bewegung zu setzen scheint<sup>13</sup>. Die Überzeugung, daß in Deutschland Preußen den liberalen Fortschritt verkörpert und die freiheitliche Entwicklung entweder bereits eingesetzt hat oder unmittelbar bevorsteht und daher Preußen gegenüber der Habsburgermonarchie notwendigerweise den Vorzug verdient, hat in Frankreich die Kritik am preußischen Staat und die Warnung vor den preußischen Absichten immer wieder abgeschwächt und bis 1870 die Bildung eines geschlossenen Deutschlandbildes und eine klare Stellungnahme zur deutschen Einheit erschwert, wenn nicht verunmöglicht.

Die 48er Revolution Deutschlands ist in Frankreich vorerst warm begrüßt worden<sup>14</sup>. Bei den Radikalen im Stile Ledru-Rollins

---

<sup>13</sup> Z. B. Odilon Barrot am 15. 6. 1847, CH. AMÉRAS, *Odilon Barrot*, Thèse Paris 1948, S. 138.

<sup>14</sup> PAUL HENRY, *La France et les nationalités en 1848*, in: *Revue historique* 1939/40. Unabhängig davon die sauber abwägende, leider ungedruckte Arbeit von ALOIS MERTES, *Frankreichs Stellungnahme zur deutschen Revolution im Jahre 1848*, Bonn, Diss. 1951 (Maschinenschrift).

und vertreten etwa durch die Zeitung «Réforme» lebt wie 1830 und 1840 der kriegerische Interventions- und Befreiungsgedanke wieder auf, der den monarchisch-autoritären Mächten den Kampf ansagt, aber zugleich die Grenzen von 1815 nicht anerkennt und den Anspruch auf die Rheingrenze stellt. Auch die gemäßigt liberale «Revue des deux mondes» erwartet von einer Reform des Bundestages nur Positives<sup>15</sup>. Eine militärische Intervention wird aber abgelehnt, und die Politik Lamartines, der die Isolierung Frankreichs kennt und vorerst die Anerkennung der Republik anstrebt, findet allgemeine Zustimmung. Man hofft auf die Missionskraft der Februarrevolution. Die Idee einer deutschen Einheit haben Regierung und Presse sympathisch aufgenommen, und von der Politik der «libertés allemandes» wird kaum mehr gesprochen. Das preußische Verhalten gegenüber Polen und vor allem die schleswig-holsteinische Frage bringen dann aber im Mai-Juni 1848 eine deutliche Wendung<sup>16</sup>. Das aggressive Vorgehen der Frankfurter Nationalversammlung hat unerwartet den Hoffnungen auf eine friedliche Politik eines auf demokratisch-liberaler Basis geeinten Deutschland einen starken Schlag versetzt; ein auf der Sprachengrenze proklamiertes Nationalitätenprinzip beunruhigt Frankreich zudem im Hinblick auf Elsaß-Lothringen. Erst jetzt treten wieder jene Stimmen auf, die vor einem geeinten Deutschland warnen, die klassische Deutschlandpolitik Richelieus betonen und von der Erhaltung des Droit public de l'Europe sprechen; Unterstützung der Kleinstaaten und eventuelle Kompensationen am Rhein werden als Forderungen aufgestellt. Wir nennen Thiers im «Constitutionnel», Montalembert im «Univers» und Albert de Broglie in der «Revue des deux mondes». Es muß aber festgehalten werden, daß das revolutionäre Frankreich von 1848 eine deutsche Einigung, vor allem, wenn sie sich unter Ausschluß Österreichs vollzogen und sich außenpolitisch zurückhaltend geäußert hätte, zwar nicht durchwegs begrüßt, aber wohl nicht mit Waffengewalt verhindert hätte<sup>17</sup>. Bastide, der die

<sup>15</sup> Chronique de la Quinzaine 31. 3. 1848.

<sup>16</sup> HENRY S. 241, MERTES verschiedentlich.

<sup>17</sup> MERTES S. 18. Dies ist das Ergebnis seiner Arbeit. Zu gleichen Schlußfolgerungen kommt RUDOLF STADELMANN, *Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848*, München 1948, S. 108—113. Die These ERICH

Außenpolitik Lamartines weiterführt, wenn auch realistischer und ohne Pathos, spricht sich auch jetzt noch für eine deutsche Einheit aus, aber es beginnt sich nun eine Politik abzuzeichnen, die Preußen gegen Frankfurt unterstützt und jenes sogar zu einer gewissen Machterweiterung in Nord-Deutschland auffordert. Je mehr die französische Republik eine konservative Entwicklung einleitet, und je stärker nun wiederum Österreich in die italienischen und deutschen Verhältnisse eingreift, um so deutlicher neigt Frankreich Preußen zu<sup>18</sup>; es bespricht 1849—1850 die Möglichkeit einer französisch-preußischen Allianz, ohne allerdings einer deutschen Einigung durch Preußen — mindestens ohne territoriale Kompensationen am Rhein oder in Italien — seine Zustimmung geben zu können<sup>19</sup>. Dies im Umriß die französische Deutschlandpolitik — auch diejenige Alexis de Tocquevilles, der einige Monate als Außenminister figuriert<sup>20</sup> — bis zum Staatsstreich Louis Napoleons am 2. Dezember 1851.

---

MARCKS, *Die europäischen Mächte und die 48er Revolution*, Historische Zeitschrift 1930, ist nicht mehr zu halten.

<sup>18</sup> Z. B. Bastide: «Notre alliée naturelle en Allemagne, c'est la Prusse. C'est elle qui me paraît devoir être à la tête de la confédération germanique», HENRY S. 246.

<sup>19</sup> E. G. LANGE, *Frankreichs Preußenpolitik in den Jahren 1849 und 1850*, Diss. Berlin 1930.

<sup>20</sup> TOCQUEVILLE hat in seinen «*Souvenirs*» (Paris 1942, S. 227) die Notwendigkeit einer deutschen Einheit betont als Schutz gegen das vordringende Rußland: «... Quant à moi, qui pense que notre occident est menacé de tomber tôt ou tard sous le joug ou du moins sous l'influence directe et irrésistible des tsars, je juge que notre premier intérêt est de favoriser l'union de toutes les races germaniques, afin de l'opposer à ceux-ci. L'état du monde est nouveau; il nous faut changer nos vieilles maximes et ne pas craindre de fortifier nos voisins pour qu'ils soient en état de repousser un jour avec nous l'ennemi commun.» Als Außenminister hat er aber selbst an der traditionellen Politik festgehalten und sich gegen die deutsche Einheit ausgesprochen. So z. B. zu Beaumont: «Je sais très bien tout ce qu'il y a de dangereux pour la France, au point de vue de sa politique permanente, à ce qu'il se fonde une unité gouvernementale en Allemagne.» A. REDIER, *Comme disait M. de Tocqueville*, Paris 1925, S. 220. In seiner Rede vom 23. Juni 1849 hat er das aggressive und antifranzösische Verhalten der Frankfurter Nationalversammlung kritisiert. *Etudes économiques, politiques et littéraires*, 2. Ausg. Paris 1878, S. 557.

Wir haben hier weder der französischen Außenpolitik 1852—1870 nachzugehen, noch den außenpolitischen Ideen Napoleons III. eine eigene Studie zu widmen. Man kann die napoleonischen Ziele und Absichten nicht auf einen Nenner bringen und muß mit einem recht eigenartigen Komplex von Idealen und diesen z. T. widersprechenden realistischen Elementen rechnen<sup>21</sup>. Bekanntlich hat Louis Napoleon an die durch die Memoiren von Sankt Helena begründete Napoleon-Legende angeknüpft und die Befreiung der unterdrückten Völker, die Unterstützung liberaldemokratischer Bestrebungen und die friedliche Zusammenarbeit der freien Nationen als Endziel seiner Politik ausgegeben. Gleichzeitig hieß dies, daß den Verträgen von 1815 der Kampf angesagt wurde, die dort fixierten Grenzen nicht anerkannt wurden und Frankreich die ihm gebührende Stellung in Europa zurückgegeben werden sollte. Das Bewußtsein französischer Größe und Macht war bei Napoleon III. zweifellos sehr ausgeprägt. Als sein ideales Endziel wird man etwa folgendes ansprechen dürfen: Beschneidung der russischen und österreichischen Macht, eine freie italienische Föderation mit einem starken Sardinien in Oberitalien, ein freies Polen, während in Deutschland mit einem vergrößerten Preußen und einem süd-deutschen Staat den nationalen Bestrebungen entsprochen wird. Frankreich erhält die Korrektur seiner Rheingrenze — die Ansprüche sind hier sehr variabel — und figuriert als Sachwalterin Europas. Das gegen Frankreich gerichtete Restaurationswerk von 1815 würde von einem auf dem freien Willen der Völker aufgebauten Europa mit Mittelpunkt Frankreich abgelöst. Im Zuge der Realisierung dieses Programms mußten aber die inneren Widersprüche und die Rücksicht auf die konservativ-katholische Innenpolitik immer wieder neue Schwierigkeiten und neue Frontstellungen bringen. Oft sind zudem die von Napoleon

---

<sup>21</sup> Aus der umfangreichen Literatur nennen wir: DE LA GORCE, *Histoire du Second Empire*, 7 Bde., Paris 1929; ALBERT PINGAUD, *La politique extérieure de Second Empire*, in: *Revue historique* 1927; MARCEL BLANCHARD, *Le Second Empire*, Paris 1950; HEINRICH ONCKEN, *Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870*, 3 Bde., Berlin-Leipzig, 1926. G. PAGÈS, *La politique extérieure de Napoléon III*, in: *Bulletin of the International Committee of Historical Sciences*, 1933. GERHARD RITTER, *Bismarck und die Rheinpolitik Napoleons III.*, in: *Rheinische Vierteljahresblätter* 1950/51.

ausgelösten und unterstützten Bewegungen über ihn hinausgewachsen. Die Außenpolitik Napoleons III. ist daher weder als reine Nationalitätenpolitik<sup>22</sup>, noch als Machtpolitik mit konsequent durchgeführtem Rheinprogramm<sup>23</sup> faßbar. «C'est dans cette incapacité de choisir, où se trahissait l'indécision de son caractère, plus encore que dans la nature chimérique de ses idées, qu'il faut chercher la principale faiblesse de sa politique et la cause dernière de sa faillite finale<sup>24</sup>».

Die Politik der Zweiten Republik wurde vorerst weitergeführt; die dänische Frage wurde durch die Beteiligung an der Konferenz in London beigelegt, der preußenfreundliche Kurs wurde noch verdeutlicht, während sich Napoleon gleichzeitig in der römischen Politik festlegte. Das Hauptinteresse lag vorerst in guten Beziehungen zu England, wobei der Krimkrieg die günstige Gelegenheit gab, mit England zusammen die «Coalition du Nord» zu sprengen, Rußland zurückzudrängen und dem Vertragswerk von 1815 einen starken Stoß zu versetzen. Der Kongreß von Paris 1856 krönte diese Anstrengungen. Der italienische Krieg setzte diese Politik fort. Nach einer vorübergehenden Spannung mit Preußen 1860, in der die Rheinfrage heftig diskutiert wurde, begann eine Annäherung an Preußen, die nur in der Polenfrage 1863 durch eine solche an Österreich unterbrochen wurde. Napoleon scheint persönlich Sympathien für die preußische Monarchie gehegt zu haben<sup>25</sup>. Ein Zusammengehen mit Preußen entsprach der Nationalitätenpolitik und versprach zudem, die Grenzkorrekturen an der Rheinfront in einer friedlichen Regelung — eben als Kompensationen für die Vergrößerung Preußens auf Kosten anderer deutscher Staaten — erlangen zu können. Preußen wurde zeitweise zu einer energischen Aktion in Nord- und Mitteldeutschland geradezu aufgefordert<sup>26</sup>.

---

<sup>22</sup> EMILE OLLIVIER, *L'empire libéral*, 18 Bde., Paris 1895—1915, III, 104.

<sup>23</sup> Onckens Einseitigkeit hat neuerdings auch Ritter zurückgewiesen. Sauber abwägend PAGÈS S. 21.

<sup>24</sup> PINGAUD S. 68.

<sup>25</sup> PINGAUD S. 63, DE LA GORCE IV, 539.

<sup>26</sup> Hatzfeld an den Prinzregenten am 7. 12. 1858, in: *Die auswärtige Politik Preußens 1858—1871*, Berlin 1930f., Bd. I, S. 97, Reuß an Bernstorff am 18. 2. 1862, Bd. II, 2, S. 577, Anm. 5.

Die Neutralität Frankreichs im dänischen Krieg hat eine Intervention der Mächte zu Gunsten Dänemarks verhindert und den Erfolg Bismarcks zum mindesten erleichtert<sup>27</sup>. In der Folgezeit rechnete Napoleon mit einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich; er förderte die preußisch-italienische Allianz und schloß am 12. Juni 1866 einen Vertrag mit Wien. Die Hoffnung aber, Arbitre der Situation zu bleiben und so mit seinen Forderungen in Italien und an der Rheingrenze — hier ist die Idee eines autonomen Rheinstaates, eines «*état tampon*» aufgetaucht — zum Ziele zu kommen, wurde durch den unerwartet schnellen Sieg Preußens bitter enttäuscht. Dies in großen Zügen die Außenpolitik des Kaiserreiches bis 1866. Wie urteilte die öffentliche Meinung?

Vorerst muß der große geistige Einfluß hervorgehoben werden, den Deutschland auch in der Periode 1850—1870 in Frankreich ausübte<sup>28</sup>. Cousin, Quinet, Lerminier und Michelet haben in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Philosophie des deutschen Idealismus und die romantische Geschichtschreibung in Frankreich bekannt gemacht. Nach 1850 tritt die deutsche Wissenschaft in den Vordergrund des Interesses; diese zweite Stufe des deutschen Einflusses wird mit den großen Namen Taine, Renans und Littrés markant bezeichnet. Sie sind ohne Deutschland kaum zu denken. Vor allem auf dem Gebiete der historischen und philologischen Wissenschaften erscheint Deutschland als Vorbild. Die Strenge der Detailarbeit, die «Tiefe» der Erkenntnisse, ja selbst die Pedanterie des deutschen Wissenschaftsbetriebes werden der rhetorisch-ekklektischen Oberflächlichkeit französischer Universitäten und Zeitschriften gegenübergestellt. So schreibt etwa Taine am 24. März 1852: «*J'essaie de me consoler du présent en lisant les Allemands. Ils sont, par rapport à nous, ce qu'était l'Angleterre par rapport à la France au temps de Voltaire*<sup>29</sup>». Es ist die Wissenschaft der Vergangenheit, in der Deutschland seine Überlegenheit zeigt, wobei

---

<sup>27</sup> EDOUARD DRIAULT, *La politique française pendant la guerre de Danemark*, in: *Revue historique*, Bd. 107, 1911.

<sup>28</sup> CARRÉ Kap. VIII.

<sup>29</sup> *La vie et la Correspondance*, Paris 1902—1907, Bd. I, 226.

Hegel und die Junghegelianer eine philosophische Grundlegung der Geschichte und des geschichtlichen Werdens geben. 1858 gründen die beiden Elsässer Nefftzer und Dollfuß die «Revue germanique»<sup>30</sup>. Sie soll eine Brücke schlagen von Deutschland zu Frankreich und hier die deutsche Wissenschaft und Literatur bekannt machen. Renan hat den Plan freundlichst begrüßt<sup>31</sup> und der ersten Nummer einen Aufsatz über die deutschen Fortschritte in den historisch-philologischen Disziplinen beigesteuert<sup>32</sup>. Littré, Taine, Stern u. a. sagen ihre Mitarbeit zu. Man hofft auf eine friedliche, fruchtbare Zusammenarbeit in der weiteren Ausprägung liberalen Geistes: Deutschland vertritt dabei die Reformation und den Idealismus, Frankreich die Revolution von 1789.

Gegenüber der ersten Hälfte des Jahrhunderts ist der Ton zweifellos kühler geworden, und das Interesse konzentriert sich fast ganz auf Philosophie und Wissenschaft. Nach 1860 wird auch wieder Kritik laut: man stellt etwa mit Staunen fest, daß die deutsche Literatur seit Goethe und die Philosophie seit Hegel keine überragenden Werke mehr hervorgebracht haben, während andererseits die Enge des Horizontes und das Spezialistentum an den Universitäten auf Widerspruch stoßen und oft zu Spott herausfordern. Es bleibt aber die Tatsache, daß die geistigen Leistungen Deutschlands bis 1870 in hohem Ansehen stehen und von französischer Seite eine Beeinflussung durch die deutsche Philosophie und Wissenschaft nicht nur zugegeben, sondern ausdrücklich gefordert wird. Politisch gesehen wird — etwa von Renan — der deutschen Einigung mit Sympathie begegnet. Dieses Interesse und auch die tiefe Sympathie sind so ausgeprägt — oft verbinden sie sich mit einer Kritik am eigenen Land —, daß von nationalistisch-französischer Seite einem Taine und vor allem einem Renan beinahe Verrat an der französischen Tradition vorgeworfen und ihnen ein Teil der Verantwortung für die Hinnahme der deutschen Einigung und die schließliche Niederlage von 1870 zugeschoben wird<sup>33</sup>. Diese Situation muß im

<sup>30</sup> R. MARTIN, *La fondation et les débuts de la Revue germanique de 1858*, in: *Revue germanique* 1931.

<sup>31</sup> *Correspondance*, Paris 1926, Bd. I, S. 130.

<sup>32</sup> *Oeuvres complètes*, Bd. I, Paris 1947, S. 181ff.

<sup>33</sup> Am ausgeprägtesten CARRÉ.

Auge behalten werden, wenn der politischen Beurteilung nachgegangen wird.

Hier muß in Erinnerung gerufen werden, daß ein Dekret vom Februar 1852 die Presse einer scharfen Zensur unterwirft, die zwar 1860 gelockert wird, aber erst ab 1868 ein weitgehend freies Erscheinen von Zeitungen gestattet<sup>34</sup>. Im Parlament kommt die Opposition bis 1860 kaum zum Wort, und die Debatten werden nicht veröffentlicht. Ab 1860 findet eine Diskussion der Adresse zu Beginn jeder Session statt, und ab 1867 kann durch eine Petition über eine bestimmte Frage der Innen- und Außenpolitik die parlamentarische Auseinandersetzung angestrengt werden.

Dennoch darf gesagt werden, daß die napoleonische Außenpolitik sowohl im Krimkrieg wie im italienischen Krieg allgemeine Anerkennung fand. Die Grenzen und das System von 1815 wurden abgelehnt, ein Kampf gegen das autokratische Rußland war populär, und der Schutz der katholischen Gläubigen brachte weitere Sympathien. Die Sympathie für Italien war ausgeprägt, und der Wunsch, dem südlichen Nachbar bei seiner Befreiung vom habsburgischen Joch beizustehen, wurde — abgesehen von legitimistisch-katholischen Kreisen — kaum angefochten. Bei der liberalen Opposition ging zwar die Meinung auseinander, ob man Napoleon III. politisch unterstützen dürfe, aber gegen seine Italienpolitik — mindestens bis zum Vorfrieden von Villafranca — war nichts einzuwenden. Thiers allerdings mit seiner ausgeprägt konservativ-realistischen außenpolitischen Konzeption sprach sich gegen ein französisches Eingreifen aus. Eine liberale Entwicklung in Italien begrüßte auch er, aber er wünschte kein geeintes Italien an den Grenzen Frankreichs. Er hat diese These — im wesentlichen als Einzelgänger — bis 1870 immer wieder zum Ausdruck gebracht. In der Verteidigung des Nationalitätenprinzips stimmten Bonapartisten, ein Großteil der liberalen Opposition und die Radikalen der Zweiten Republik überein. Einer der ausgeprägtesten Vertreter der

---

<sup>34</sup> Über die französische Presse: HENRI AVENEL, *Histoire de la presse française depuis 1789 jusqu'à nos jours*, Paris 1910. GEORGES WEILL, *Le Journal, origines, évolution et rôle de la presse politique*. «L'évolution de l'humanité», vol. XCIV, Paris 1934, S. 225ff.

Nationalitätenpolitik war Emile Ollivier, der spätere Ministerpräsident<sup>35</sup>.

Ein Recht auf Umformung seiner inneren Verhältnisse und einen verstärkten Zusammenschluß konnte Deutschland nicht abgesprochen werden. Die Kritik am Bundestag war verbreitet und teilweise außerordentlich scharf. Man wußte aber um die Schwierigkeiten, die etwa in der *Chronique de la Quinzaine* der «Revue des deux mondes» am 31. Dezember 1850 mit dem Ausdruck des Bedauerns geschildert werden<sup>36</sup>. Am 31. Mai 1851, nach dem Scheitern der Verhandlungen in Dresden, stellt der gleiche Verfasser fest, daß Österreich den Bundestag zu verbessern denke: «Nous ne demandons pas mieux que d'assister à ce beau spectacle, et autant nous avons peu de goût pour une concentration violente des forces nationales de l'Allemagne, autant nous applaudirions à l'établissement équitable d'une sage et raisonnable union entre tous les peuples de ce grand pays<sup>37</sup>.» 1852 werden die Zollvereinsverhandlungen erörtert und eine «union douanière de la partie centrale de l'Europe» prophezeit. In diesem Falle «il serait de l'intérêt de l'Europe de fortifier la puissance de la Prusse en proportion des progrès de l'Allemagne méridionale, afin d'empêcher l'Autriche d'exercer une influence prépondérante dans toutes les affaires germaniques»<sup>38</sup>. Die Aversion gegen den Habsburgerstaat und das französische Interesse, dessen Macht in Italien und in Mitteleuropa zurückzubinden, spielen hier eine wichtige Rolle. Dennoch ist es auffallend, wie die Ergebnisse dieser Verhandlungen kommentiert werden. Österreich habe eine Niederlage erlitten, «ce n'est à la France de s'en plaindre. Bien que les traités de 1815 aient fait de la Prusse un adversaire de notre pays dans toutes les contestations territoriales qui peuvent surgir, mieux vaudrait encore la Prusse à la tête de l'Allemagne politique et commerciale réalisant l'unité rêvée en 1848 à Berlin, que l'Autriche incorporée à l'Allemagne et ajoutant le poids de vingt-cinq millions d'âmes aux trente-huit millions qui composent la confédération actuelle. Tout ce qui éloigne l'Autriche de ce but est un gain

<sup>35</sup> *L'empire libéral* I, 152f., S. 164.

<sup>36</sup> S. 191.

<sup>37</sup> S. 972.

<sup>38</sup> S. 388.

pour l'équilibre de l'Europe et par conséquent un gage de paix<sup>39</sup>», Saint-René Taillandier, der anerkannte Kenner Deutschlands und Professor an der Sorbonne, spricht die gleiche Sprache. Bereits 1848 hat er in einer Schrift über das junge Deutschland den neuen politischen Geist und den Willen, aktiv an die Umgestaltung Deutschlands zu gehen, sympathisch analysiert<sup>40</sup> und im Mai 1848 die Revolution freundlich begrüßt<sup>41</sup>. 1852 lobt er in der «Revue des deux mondes» den liberal-europäischen Geist Rankes, 1856 hebt er den kulturellen Vorteil des an sich bedauerlichen Mangels an politischer Einheit hervor<sup>42</sup> und betont dann, daß die großartige politische und geistige Tradition Preußens gegenüber dem österreichischen Druck obsiegen werde<sup>43</sup>. Die konservativen Gruppen und die Kamarilla seien zwar in Preußen zur Zeit sehr stark, aber der liberale Geist werde über kurz oder lang die Führung übernehmen, «ce drapeau de la liberté de conscience sous lequel a grandi la Prusse». In einer Studie «La Prusse et l'agitation allemande» aus dem Jahre 1859 wendet er sich sogar gegen Heine und dessen Prophezeiung, daß ein geeintes Deutschland antifranzösisch gerichtet sein werde. Der deutsche Patriotismus habe sich gewandelt; als Hort des deutschen Liberalismus müsse Preußen gegen Österreich Stellung beziehen und dürfe sich nicht gegen den italienischen Befreiungskrieg richten. Man sieht hier deutlich, daß die momentane Situation Frankreichs in der so außerordentlich positiven Beurteilung Preußens mitspricht; andererseits sind aber doch die wohlwollende Beurteilung der kleindeutschen Bestrebungen seit 1848 und die Vorstellung eines liberal veranlagten Preußens konsequent zum Ausdruck gebracht.

Nicht alle gehen allerdings so weit wie Taillandier. Tocqueville

---

<sup>39</sup> 14. 12. 1852, S. 1184.

<sup>40</sup> *Histoire de la Jeune Allemagne*, Paris 1848.

<sup>41</sup> «La révolution de 1830 avait réveillé l'Allemagne; la révolution de 1848 lui a donné ce qu'elle cherchait laborieusement, la possession d'elle-même et l'entrée définitive dans la grande famille des nations libres.» *Revue des deux mondes*, S. 50.

<sup>42</sup> «Un dédommagement de cette division funeste qui vient de réduire à l'immobilité une nation de quarante millions de citoyens, c'est que la vie intellectuelle et morale y circule dans le corps tout entier», S. 110.

<sup>43</sup> S. 113.

etwa steht den liberalen Elementen in Deutschland skeptisch gegenüber. Er hat auf seiner Reise 1854 zwar sehr angenehme Bekanntschaften gemacht, und über das kulturelle Leben äußert er sich positiv, «*mais ces hommes si distingués, si respectables dans la vie privée deviendront-ils jamais des citoyens?*»<sup>44</sup> Das absolutistische Staatsbewußtsein sei noch stark verankert und das nationale Anliegen stärker als der liberale Freiheitsdrang<sup>45</sup>. Von einem Repräsentativsystem in Preußen würde er sich zwar viel Gutes für ganz Europa versprechen, aber er hält eine französisch-deutsche Allianz trotz allem guten Willen der Regierungen für unmöglich. Der Nachbar jenseits des Rheines sei ein unwandelbarer Feind Frankreichs. Tocqueville führt diese Feindschaft aber auf die Politik Napoleons zurück: «*Nous avons fait nos pires ennemis de nos alliés naturels*»<sup>46</sup>.

Erste Spannungen in den deutsch-französischen Beziehungen brachten die Ereignisse 1859—1860. Die Mobilisierung Preußens am Rhein und sein Druck auf Frankreich, die zur vorzeitigen Beendigung des italienischen Krieges wesentlich beizutragen, mußten das französische Mißtrauen wecken<sup>47</sup>. Andererseits hat die Annexion Savoyens und Nizzas sowohl in Frankreich wie in Deutschland wiederum die Rheingrenze zur Diskussion gestellt. In Frankreich sprach man von den «*frontières naturelles*», während in Deutschland eine militärische Aktion Frankreichs befürchtet wurde und deutlich francophobe Stimmen zum Worte kamen. Es ist dabei schwierig, die offizielle Politik Napoleons und dessen Absichten zu erkennen. Ein militärisches Vorgehen scheinen höchstens Offizierskreise gefordert zu haben. Diplomatisch hingegen hoffte man durch Entgegenkommen an Preußen auf eine eventuelle Abtretung an der Rheingrenze; die italienische Politik sollte auf die deutschen Verhältnisse übertragen werden.

Die offizielle und halboffizielle Presse ist deutlich deutschfreundlich. Der Publizist Edmond About formuliert in seiner Schrift «*La Prusse en 1860*» nochmals das Bild des geistig führenden und

<sup>44</sup> Bd. VI, S. 266.

<sup>45</sup> Bd. VI, S. 273—274.

<sup>46</sup> Bd. VII, 483.

<sup>47</sup> CASE S. 82.

liberalen Preußen, dessen Versuch einer deutschen Einigung durchaus legitim sei<sup>48</sup>. In einer weiteren Schrift, «La nouvelle carte d'Europe», die viel Aufsehen erregt hat<sup>49</sup>, wird Europa in einem fingierten Gespräch zwischen den Vertretern verschiedener Nationen nach dem Nationalitätenprinzip aufgeteilt. Preußen würde sich hier zu einer Allemagne du Nord erweitern und Frankreich die Rheinprovinzen anbieten. About läßt zwar Frankreich ablehnen, doch darf hier in der Tat die eigentliche Absicht gesehen werden<sup>50</sup>. Ad. Guérault im «Opinion Nationale» und Louis Jourdan im «Siècle» — beide Zeitungen vertreten zwar die republikanische Opposition, sind aber oft um gute Beziehungen zur Regierung besorgt — weisen auf die Verträge von 1815 hin, die am Mißtrauen zwischen Frankreich und Deutschland die Schuld trügen. Europa müsse nach dem Nationalitätenprinzip neu aufgebaut werden, wobei Frankreich die «frontières naturelles» erhalte. Die napoleonische Lieblingsidee eines allgemeinen Kongresses taucht dabei auf<sup>51</sup>. In diesen beiden Organen lebt die Tradition der Carrel, Ledru-Rollin und Hugo mit ihrer eigenartigen Verbindung von Nationalitätenidee, den natürlichen Grenzen und der darauf basierenden Vorstellung europäischen Friedens fort und wird hier geschickt in die napoleonische Politik, die zweifellos viel machtpolitischer orientiert ist, eingebaut<sup>52</sup>.

---

<sup>48</sup> «Une Allemagne autrichienne, en réunissant dans la même main plus de soixante-dix millions d'hommes, aurait menacé l'équilibre européen et inquiété les puissances; une Allemagne prussienne, avec trente-deux millions de citoyens, n'alarmera personne», S. 14.

<sup>49</sup> *Souvenirs du Baron de Barante*, Paris 1901, vol. VIII, 277.

<sup>50</sup> FRITZ HELLWIG, *Der Kampf um die Saar 1860—1870* (Forschungen zur neueren und neuesten Geschichte), Leipzig 1934, S. 63.

<sup>51</sup> *Siècle* 3. Juni 1860.

<sup>52</sup> Das Vorbild Italiens, die Idee der Nationalitäten und die Hoffnung auf ohne Krieg erreichbare Kompensationen kommt sehr schön in folgender Formulierung zum Ausdruck: «Nous avons pris de sages précautions contre le voisinage de l'Italie unitaire en rectifiant notre frontière du sud-est; peut-être si l'unité germanique devenait autre chose qu'une vague espérance, y aurait-il lieu d'opérer, avec l'assentiment de nos voisins, une rectification analogue sur notre frontière du nord-est. Mais, encore une fois, si quarante millions d'Allemands, aujourd'hui morcelés entre une multitude de petits souverains ridicules, avaient envie de former une seule et grande nation, nous ne croyons pas que ce fût le droit ni même l'intérêt de la France de s'y

Die Diskussion in der französischen Öffentlichkeit erreichte ihren Höhepunkt im Mai-Juni 1860. Die Unruhe war zeitweilig außerordentlich groß; man sprach sogar vom Ausbruch eines neuen Krieges<sup>53</sup>. Die Energie der kaiserlichen Politik ist aber weit überschätzt worden<sup>54</sup>. Am 1. Juni hat der «Moniteur» französische Annexionsabsichten dementiert<sup>55</sup>.

Wenn in Regierungskreisen und in einer weiteren Öffentlichkeit die Rheingrenze eifrig diskutiert wurde, so sind sowohl die Theorie der «natürlichen Grenzen» wie auch der Anspruch auf die Rheinprovinzen von führenden Persönlichkeiten deutlich abgelehnt worden. Der «Journal des Débats» spottet über Jourdans Theorien, während August Nefftzer, der Begründer der «Revue germanique», der Beunruhigung in Deutschland sehr verständnisvoll gegenübersteht und sie auf die Schwäche seiner Verteidigungsmöglichkeiten zurückführt<sup>56</sup>. «La question des forces défensives de l'Allemagne se confond avec celle de l'unité ou celle de la réforme fédérale». Er hält hier die deutsche Einigungsbewegung für berechtigt, ja notwendig, und dies um so mehr, weil er noch 1860 vom Sieg der libe-

---

opposer par les armes.» AD. GUÉROULT. *Les dangers de l'unité italienne* (gegen A. de la Guéronnière) in «Opinion Nationale» 11. 9. 1862. Man begreift, daß die Gruppe Thiers verzweifelt gegen diese Ansichten auftritt.

<sup>53</sup> BARANTE S. 278. Mallac am 21. 5. 1860 zu Nassau William Senior: «The acquisition of Savoy has made us mad. We are resolved to have the Rhine. Even if the Emperor wished to abstain from it, the people would not let him; if the people would let him, the army would not.» N. W. SENIOR, *Conversations with M. Thiers, M. Guizot and other distinguished persons during the second empire*, vol. II, London 1878, S. 334. Ähnlich Montalembert zu Senior S. 313.

<sup>54</sup> Die Unsicherheit der napoleonischen Politik betonen MÉRIMÉE am 1. 4. 1860, in: *Lettres à M. Panizzi 1850—1870*, Paris 1881, Bd. I, S. 86; ähnlich *Correspondance du Duc d'Aumale et de Cuvillier-Fleury*, Bd. III, Paris 1912, S. 60.

<sup>55</sup> Ebenfalls der «Constitutionnel» vom 26. 5 und 2. 6. und «Patrie» vom 25. 5.

<sup>56</sup> Am 19. 4. 1860: «L'Allemagne a eu une destinée semblable à celle de l'Italie, mais moins grave. Celle-ci ne pense à son unité que depuis peu; celle-là l'a poursuivie vainement. Chaque fois que l'Europe traverse une crise, l'Allemagne se demande comment elle va se défendre et ce qu'elle doit défendre. D'où des contradictions...» zit. bei RENÉ MARTIN, *La vie d'un grand journaliste, Auguste Nefftzer*, Bd. I, Besançon 1948, S. 214.

ralen Ideen in Deutschland und Preußen überzeugt ist. Charles de Rémusat kritisiert Ende 1860 die französische Außenpolitik<sup>57</sup>. In der sich abzeichnenden deutschen Einheit erblickt er eine Gefahr für Frankreich, aber zur Zeit seien Kompensationen am Rhein nur nach einer deutschen Revolution oder mit einem Krieg zu erreichen, wobei Rémusat beides energisch zurückweist. J. J. Weiß kommt am 17. Juni auf das Problem der «Annexion» zu sprechen<sup>58</sup>. Mit der Angliederung Savoyens und Nizzas seien die Verträge von 1815 durchbrochen; Frankreich müsse sich nun beherrschen. Und mit einem Seitenhieb auf Zeitungen wie «Opinion Nationale» und «Siècle»: «Il n'y a plus de Sainte-Alliance que dans l'imagination des journaux attardés qui rêvent de conquérir le Rhin pour se venger de la Sainte-Alliance — le Rhin est allemand sur ses deux rives». Wie soll man im Namen des Nationalitätenprinzips vorstoßen? Wenn schon Ausdehnung, dann im Mittelmeergebiet!

Von anderer Basis geht der führende liberale, aber orleanistisch orientierte Publizist Prévost-Paradol aus. Seine außenpolitische Konzeption ist bewußt konservativ. Er lehnt das Nationalitätenprinzip strikte ab, deckt Österreich und bewundert Schmerlings Plan eines föderalistischen Habsburgerreiches. Er wendet sich gegen die Bildung einer italienischen Großmacht im Süden und einer deutschen Großmacht im Norden und will die klassische Deutschlandpolitik Frankreichs, die sich auf den «cordon sanitaire» von Kleinstaaten stützt, nicht aufgeben<sup>59</sup>. Bei einer vollständigen Ver-

---

<sup>57</sup> Revue des deux mondes 1860/4, S. 21.

<sup>58</sup> Courrier du Dimanche 17. 6. 1860.

<sup>59</sup> «Notre voisine, la Prusse, nourrit aussi des pensées ambitieuses, et ces mots de nationalité et d'unité qui blessent ses oreilles si on les prononce en Italie, chatouillent son cœur lorsqu'on les murmure en Allemagne. Ces mots signifient pas seulement pour elle l'abaissement de l'Autriche, mais sa propre élévation sur cet amas de ruines. Le drapeau allemand est dans sa main, et elle le montre comme un signe de ralliement futur à toutes ces fractions de l'Allemagne qui s'appuyaient sur l'Autriche et qui flotteraient déconcertées après ce grand naufrage. Mais il y a une tache sur ce drapeau, et c'est une étrange contradiction que de parler de nationalité, d'unité et de patrie et de vouloir, au nom de la langue et du sang, arracher le Holstein au Danemark lorsqu'on retient soi-même un des lambeaux de la Pologne.» . . . «Nous qui étions entourés d'Etats de second ordre, et qui avons pour politique séculaire de les maintenir comme d'utiles intermédiaires entre nous et les

schiebung der territorialen Situation in Europa wären die «frontières naturelles» ohnehin keine genügenden Kompensationen. Paradol hofft aber, daß es nicht so weit komme und der Friede erhalten bleibe. Dieses Programm deckt sich mit demjenigen Thiers', der — wie bereits erwähnt — die Rheingrenze als großen Erfolg der Revolution gefeiert hat und als Fernziel französischer Politik anerkennt, dieses aber nicht durch ein Entgegenkommen an Preußen erreichen will. Thiers und Prévost-Paradol sind die ausgeprägtesten Repräsentanten jener Gruppe, die sich nicht nur gegen die Nationalitätenpolitik und eine direkte Förderung der deutschen Einigungsbewegung durch Frankreich ausspricht, sondern einen deutschen Gesamtstaat ausdrücklich vermieden haben möchte. Wir sahen aber, daß diese Gruppe keineswegs mit der öffentlichen Meinung gleichzusetzen ist, obschon sie nun an Einfluß gewinnt und ihre Ansichten über Deutschland zusehends von weiteren Kreisen übernommen werden.

Die innere Entwicklung Preußens wurde in Frankreich mit einigem Interesse verfolgt. Das von Madame de Staël geprägte Deutschlandbild und die Vorstellung eines fortschrittlich-liberalen Preußen blieben weiterhin lebendig, verloren aber zweifellos an Kraft, da nun die konservativ-militärischen Aspekte in den Vordergrund rückten. Die Neue Ära ist wohlwollend begrüßt worden, und die liberalen Erfolge bei den Wahlen von 1861 wurden hervorgehoben. Im preußischen Verfassungskonflikt haben die verschiedenen Gruppen je nach ihrer politischen Überzeugung Stellung bezogen<sup>60</sup>.

---

grandes nations militaires de l'Europe, nous ne saurions voir avec une aveugle indifférence cette ceinture protectrice disparaître pour faire place à des nations d'une importance au moins égale à la nôtre. Ce n'est pas seulement une Italie de vingt-deux millions d'hommes que le principe des nationalités tend à créer sur une de nos frontières; s'il l'emporte, il fera peser sur notre flanc une Allemagne de cinquante millions d'hommes, et nous ne connaissons pas de Français qui ne doive considérer, si cela arrive, la rectification de cette partie de nos frontières comme une compensation à peine suffisante pour un tel changement dans l'équilibre de l'Europe.» *Courrier du Dimanche* 27. 1. 1861, wiederabgedruckt in PRÉVOST-PARADOL, *Quelques pages d'histoire contemporaine*, Paris 1862—1867, Bd. I, S. 110—113.

<sup>60</sup> Goltz berichtet am 28. 1. 1863 an Bismarck, daß «in unsérem inneren Konflikt» die offiz. Organe für die preußische Regierung, die liberalen Blätter

Bismarck wurde anfänglich keineswegs ernst genommen und mehr als Exponent jener ostelbischen Junkerschicht hingestellt, deren Einfluß im Niedergang begriffen sei und bald von der allgemeinen geistigen Entwicklung überspielt werde<sup>61</sup>. Guizot allerdings sah in ihm früh den gefährlichen Vertreter einer Politik, die er energisch zurückweisen mußte<sup>62</sup>. Noch blieben Hoffnungen auf den preußischen Liberalismus<sup>63</sup>, aber langsam formte sich nun das Bild eines nicht liberalen, sondern reaktionären und militärischen Preußen, das die deutsche Einigungsbewegung zu seinen Gunsten auszuwerten versuchte und außenpolitisch durchaus aggressiv vorging.

Demgegenüber kann man in den Jahren 1862—1865 die Tendenz verfolgen, den Gegensatz zwischen Preußen und Süd-Deutschland hervorzuheben, um so die Hoffnung auf den Sieg liberaler Ideen nicht aufgeben zu müssen. Es sei gefährlich, sagt Geffroy in der «*Revue des deux mondes*», sich an der Schwäche des Nachbarn zu freuen, da die liberalen Elemente von Preußen ins Schlepptau genommen würden<sup>64</sup>. Deutschland sei in Unruhe, betont Simon, und widersprechende Kräfte machten sich bemerkbar. Man spreche in Deutschland sogar von Elsaß-Lothringen. Sofern aber eine Reform des Bundestages wieder Ordnung stifte, sei von einer deutschen Einheit vorläufig nichts zu befürchten. «*L'Allemagne ne doit pas espérer, ce semble, de devenir jamais un état agressif*<sup>65</sup>.» Simon hofft, daß die Kleinstaaten den Machtansprüchen Preußens und Österreichs eine Politik der Mäßigung entgegensetzen werden. Jedenfalls darf gesagt werden, daß eine Reform des Bundestages im Sinne einer verstärkten Zentralgewalt in weiten Kreisen begrüßt wurde. Die entscheidende Frage allerdings, wie eine solche Reform mit dem

---

wie der *Journal des Débats* für die Vinckesche Fraktion und der *Temps* und der *Siècle* für die demokratische Opposition Partei ergriffen haben. *Die Auswärtige Politik Preußens*, Bd. III, 208.

<sup>61</sup> PIERRE GUIRAL, *Prévost-Paradol (1829—1870), pensée et action d'un libéral sous le second empire*, Thèse Paris 1953 (im Manuskript S. 381 mit Belegen).

<sup>62</sup> BARANTE VIII, 344.

<sup>63</sup> So etwa NEFFTZER im *Temps* 1. 5. 1861 und ED. SIMON, *Le gouvernement constitutionnel et les partis*, *Revue des deux mondes* 1862/1.

<sup>64</sup> A. GEFFROY, *L'agitation allemande et le Danemark*, 1861/2.

<sup>65</sup> ED. SIMON, *L'agitation réformiste en Allemagne*, 1862/2.

Antagonismus Preußen-Österreich vereinbar war, wurde kaum gestellt oder dann als Argument herangezogen, um die Gefahr einer deutschen Einheit für Frankreich zu negieren. Die Stellungnahme für oder wider Preußen resp. Österreich in der deutschen Frage sollte sich erst nach dem dänischen Krieg deutlicher abzeichnen.

Die Politik Bismarcks in der Frage der Elbeherzogtümer hat das Mißtrauen gegenüber Preußen verstärkt. Halboffizielle Organe wie der «Pays» und der «Constitutionnel» decken allerdings, gemäß Napoleons Neutralitäts-Politik und seiner wohlwollenden Haltung Preußen gegenüber, Bismarcks Vorgehen<sup>66</sup>, sei es durch ein deutliches Betonen des französischen Désintéressement, sei es durch den Hinweis auf die deutsche Nationalität Holsteins. Auch die oppositionelle Presse ist in der Beurteilung vorerst zurückhaltend. Der «Journal des Débats» zeigt am 26. Januar 1864 noch sehr viel Sympathien für Deutschland und vergißt nicht eine Kritik an Dänemark<sup>67</sup>. Einige Monate später polemisiert er aber gegen den «Constitutionnel», der immer nur von Nationalitätenpolitik spreche und nicht einsehen wolle, daß Preußen Annexionspolitik treibe<sup>68</sup>. Der «Temps» behauptet andererseits, daß ganz Deutschland bereit sei,

<sup>66</sup> Goltz an Bismarck am 24. 12. 1863. *Die Auswärtige Politik Preußens*, Bd. IV, 356, Anm. 5.

<sup>67</sup> «La France, en ce qui la regarde, ne peut avoir aucune objection à voir l'Allemagne acquérir une issue maritime, et de plus les principes de sa politique ne lui permettent point de combattre la manifestation légitime des sentiments nationaux. Or il est indubitable, et l'expérience de ces quinze dernières années suffit à le prouver que la nationalité allemande est celle qui domine dans le Holstein et que l'union qui attache ce pays au Danemark n'est que factice. La question serait plus facile à résoudre si de son côté le parti allemand ne se montrait pas lui-même infidèle aux principes qu'il affiche, en voulant à toute force river les Sleswig au Holstein.» Auch Dänemark sei zu einer Lösung bereit, wenn seine Ehre und seine Grenzen — die Eider — gewahrt blieben.

<sup>68</sup> Der «Constitutionnel» habe endlich seinen Ton gewechselt. «Il ne se préoccupe plus guère du principe nouveau des nationalités, méchamment méconnu par les Danois et généreusement défendu par les deux puissances qui tiennent garnison à Posen et à Venise! Il se décide, bien qu'un peu tard, à voir tout bonnement, et sans aucune métaphysique, dans l'invasion des duchés une œuvre inspirée par la passion des agrandissements territoriaux.» 6. 7. 1864.

die Frage einer Volksabstimmung in den betreffenden Gebieten zu unterwerfen; dabei erscheint eine Spitze gegen Bismarck, der scheinbar allen friedlichen Lösungsversuchen im Wege steht. Es wird Gemeinplatz, auf den Widerspruch hinzuweisen, der zwischen der Proklamierung des Nationalitätenprinzips durch Österreich und Preußen und deren Politik in Italien und Polen bestehe.

Mit dem Beginn der militärischen Aktionen verschärft sich allgemein die Kritik am intransigenten Vorgehen Österreichs und Preußens, und die Sympathien stehen nun auf Seiten Dänemarks<sup>69</sup>. Selbst der Regierung nahestehende Zeitungen zeigen sich enttäuscht, daß Preußen und Österreich so machtmäßig vorgehen und sich einer friedlichen Lösung entzogen haben, wobei sich die napoleonische Enttäuschung abzeichnet, als Vermittler ausgeschaltet worden zu sein. Die Kritik an Preußen ist um so schärfer, als man einen europäischen Krieg befürchtet<sup>70</sup>. Man überschätzt das europäische Einheitsbewußtsein und erwartet eine Intervention zu Gunsten des angegriffenen Dänemark. Die liberale Opposition setzt nun mit einer scharfen Kritik an der Politik der Regierung ein, indem sie ihr vorwirft, das englische Angebot einer gemeinsamen Intervention ausgeschlagen zu haben. Napoleon sei für den Angriff auf Dänemark und die daraus entstehenden Folgen für das europäische Gleichgewicht mitverantwortlich<sup>71</sup>. Die preußenfreundliche Politik des Kaisers habe nicht nur den Sieg über ein Frankreich traditionell

<sup>69</sup> CASE S. 188.

<sup>70</sup> Journal des Débats 6. 5. 1864. Ebenso PRÉVOST-PARADOL am 19. 6. 1864, in *Quelques pages*, III, 41.

<sup>71</sup> Ganz besonders deutlich natürlich Prévost-Paradol im «*Courrier du Dimanche*», z. B. am 5. 7. 1864: «Qui osera dire que l'Allemagne eût commencé cette guerre si la France, acceptant la conférence avant le début de la lutte proposée par l'Angleterre, eût, d'accord avec elle, imposé aux deux parties une transaction qu'il était alors facile de conclure? ... le rétablissement de la paix a été dans la main de la France»... denn Frankreich bleibe «gardienne de l'ordre européen» ... und sarkastisch fügt er hinzu: «Puisque les dèssont jetés et que de nouveau le sang coule, puisse ce dessein s'accomplir aux dépens de ces puissances allemandes qui, ayant un pied à Posen et un pied à Venise, osent troubler la paix du monde au nom des nationalités! Puisse revenir alors le jour où la France étant satisfaite, l'Europe sera tranquille ...» *Quelques pages* III, 59—62. Ähnlich JULIAN KLACZKO, *Deux négociations de la diplomatie européenne*, in *Revue des deux mondes* 1865/4.

verbündetes Land ermöglicht, sondern auch die Stellung des brutal vorgehenden Preußen in Deutschland verstärkt. Dieser Vorwurf wird ab 1865 immer wieder erhoben und als folgenschwerer Beginn der zur Katastrophe führenden preußenfreundlichen Politik Napoleons III. markiert.

Man ist geneigt, einen Vergleich mit der Situation von 1848 bis 1849 anzustellen. Wie damals wirkt sich auch 1864 das deutsche Vorgehen in der Frage der Elbeherzogtümer negativ auf die französische Stellungnahme zu Deutschland aus. Die Sympathien für die nationalen Belange Deutschlands werden enttäuscht, da die aggressive Aktion den liberalen Erwartungen nicht entspricht und auch dem Nationalitätenprinzip zu widersprechen scheint. Man gewinnt in Frankreich den Eindruck, daß es Deutschland weniger um Einigung auf konstitutioneller Basis gehe, als um nationale Ausdehnung unter Verwendung des Argumentes der Sprachgemeinschaft. Galt die Kritik 1848—1849 der Frankfurter Nationalversammlung, so erscheint nun Preußen als Exponent dieser aggressiven Politik. Der kritische Ton gegenüber Preußen wird zudem schärfer, je deutlicher sich nach Beendigung der Feindseligkeiten die Fernziele der preußischen Politik abzuzeichnen beginnen.

Sympathische Worte gegenüber Deutschland werden seltener, und wer die preußische Politik und das napoleonische Vorgehen verteidigen will, stößt auf verstärkten Widerstand. So wirft Jules Favre am 10. April 1865 der Regierung vor, überhaupt keine festgelegte Politik zu haben<sup>72</sup> und der preußischen Politik untätig zuzuschauen: «Est-ce que vous croyez que c'est pour elle un fait sans importance que cet agrandissement de la Prusse au vu de toute l'Allemagne?» Man solle nicht auf die Spannungen zwischen Österreich und Preußen spekulieren; die preußische Macht werde für Frankreich kein Vorteil sein. Favre ist ein energischer Vertreter des Nationalitätenprinzips und unterstützt Italien gegen Österreich. Seit 1860 und vor allem seit 1864 richtet er sich aber gegen das

---

<sup>72</sup> «Au lieu d'avoir comme un grand peuple une politique bien tracée, vous passez par une série de fluctuations: vous êtes aujourd'hui pour les traités, demain contre les traités; aujourd'hui pour les nationalités, demain contre les nationalités, toujours avec le plus fort!» *Discours parlementaires*, Paris 1881, Bd. II, 527.

«militaristische» Preußen, dessen Politik mit Nationalitätenpolitik nichts zu tun habe<sup>73</sup>. Nun nähert er sich Österreich. Einige Tage später, am 14. April, setzt Thiers in der Diskussion über die italienische und römische Frage zu einer scharfen Attacke an. Trotz aller Sympathie für Italien habe er sich stets gegen die italienische Einheit ausgesprochen. Auf die Dauer sei eine französisch-italienische Allianz keineswegs gesichert. Vor allem aber glaubt Thiers, daß die Politik Piemonts auf die preußische abfärben werde: «Et pour moi, l'un de mes griefs les plus grands contre l'unité italienne, c'est qu'elle est destinée à être la mère de l'unité allemande. «Ein deutscher Einheitsstaat von 40 Millionen werde für Frankreich lebensgefährlich sein<sup>74</sup>. Thiers' Prognosen werden nicht nur von der Regierung, sondern auch von Vertretern der Opposition bestritten. So verteidigt Emile Ollivier die Nationalitätenpolitik. Thiers' Ansichten seien «de la vieille politique» und er, Ollivier, könne nicht «placer la grandeur de la France dans l'abaissement et dans la faiblesse des autres nations»<sup>75</sup>. Er äußert sich zwar nicht zur deutschen Frage, steht aber der Einigungsbewegung nicht ablehnend gegenüber. Jedenfalls hat er am 27. März 1865 sehr energisch für die deutsche Politik in der dänischen Frage Stellung bezogen<sup>76</sup>. Rouher als Vertreter der Regierung ist begreiflicherweise noch zurückhaltender. Frankreich hätte eine italienische Föderation vorgezogen, sich aber dem Willen der Bevölkerung beugen müssen. Italien werde für lange Jahre ein treuer Verbündeter Frankreichs sein. Von einer deutschen Frage wisse er nichts, jedenfalls könne man einen Zusammenschluß dieser Nation kaum verhindern!<sup>77</sup>.

<sup>73</sup> MAURICE RECLUS, *Jules Favre 1809—1880*, Paris 1912, S. 223.

<sup>74</sup> *Discours parlementaires*, Bd. X, S. 64—65.

<sup>75</sup> *Moniteur* 15. 4. 1865.

<sup>76</sup> «Par une contradiction qu'en vérité je ne puis comprendre, les mêmes personnes qui demandaient au Gouvernement de reconnaître aux Romains le droit de disposer d'eux-mêmes, l'ont pressé, dans les affaires d'Allemagne, d'aider le Danemark à maintenir une domination détestée, sur les populations qui depuis 1848 livrent au Nord un combat pour l'indépendance, semblable à celui que les Italiens soutiennent, depuis la même époque, au Midi. Le Gouvernement a été plus sage que ses conseillers. Il n'a pas cru qu'il lui fût permis en Allemagne de violer le principe qu'il respectait en Italie ...»  
*Moniteur* 28. 3. 1865.

<sup>77</sup> *Moniteur* 15. 4. 1865.

Die Stellungnahme gegenüber Deutschland bleibt weiterhin unsicher. Die Meinungen gehen stark auseinander<sup>78</sup>. Ollivier zeigt, wie es Schwierigkeiten bietet, Deutschland das abzuschlagen, was man selbst in Italien unterstützt hat; dies auch dann, wenn man Preußen und Bismarck keineswegs sympathisch gegenübersteht. Denn auf der Gegenseite steht Österreich, das den Vertretern des Nationalitätenprinzips ein Dorn im Auge ist, das sich zudem an der aggressiven Politik gegenüber Dänemark mitbeteiligt hat und sich auch innenpolitisch liberalen Reformen hartnäckig verschließt. Am weitesten gehen in dieser Hinsicht die radikal-demokratischen Blätter «Opinion Nationale» und «Siècle». Hier wird eindeutig eine propreußische Linie vertreten. Der Deutsche Bund sei überlebt und mit einer deutschen Einheit müsse in nächster Zeit gerechnet werden. Im Hintergrund stehe Rußland, und ein starkes Mitteleuropa sei daher von allgemeinem Nutzen. Die alte französische Politik, sich mit Kleinstaaten zu umgeben, sei überlebt; außerdem habe man kein Recht, die deutsche Revolution zu stören. Die «Opinion Nationale» fordert eine französisch-preußische Allianz, die wohl auch die liberalen Tendenzen in Preußen fördern helfe<sup>79</sup>.

Andererseits verfolgt man in der Opposition nur mit Mißtrauen und Kritik die preußenfreundliche Politik Napoleons III., und wenn sich der Vergleich Cavour-Bismarck stellt, so gleichzeitig die Frage, ob nicht etwa Biarritz ein preußisches Plombières darstelle. Gambetta gibt dieser Stimmung Ausdruck, wenn er am 6. Oktober 1865 schreibt: «La politique est terne en apparence. Au fond le drame se prépare. Bismarck complète avec Bonaparte un Piémont germanique et une annexion rhénane<sup>80</sup>.» Am leichtesten hat es Thiers, der von keiner Nationalitätentheorie und anti-österreichischen Haltung behindert ist und daher in konsequenter Weise von den französischen Interessen im Sinne des europäischen Gleichgewichtes ausgehen kann. Am 3. Mai 1866 hält er eine neue außenpolitische Rede

---

<sup>78</sup> Diese Meinungsverschiedenheiten konnten innerhalb eines Freundeskreises aufeinanderstoßen. Madame JULIETTE ADAM, *Mes sentiments et mes idées avant 1870*, Paris 1905, S. 50ff.

<sup>79</sup> *Opinion Nationale* Sept. 1865, wiederabgedruckt in AD. GUÉROULT, *La politique de la Prusse*, Paris 1866.

<sup>80</sup> P. G. GHEUSI, *Gambetta par Gambetta*, Paris 1909, S. 248.

von großer rhetorischer und politischer Wirkung. Mit der kaiserlichen Politik der letzten Jahre wird scharf abgerechnet. Thiers stellt sich auf den Boden der Verträge von 1815, des europäischen Gleichgewichtes und des «droit public». Die Deutschen mögen eine sehr tüchtige Nation sein, aber die Nationalitätenpolitik bestehe in der Frage der Elbeherzogtümer nicht zu Recht, und ein deutscher Einheitsstaat richte sich gegen die europäische Tradition. Außerdem bediene sich Preußen nationaler Ideen, um seine eigene Macht zu erweitern. Ein neues germanisches Reich mit Schwerpunkt Berlin werde entstehen; bereits fällt das Stichwort «Karl V.»! Was ist zu tun? Bismarck müsse wissen, daß seine Politik auf den Widerstand Frankreichs stoßen werde. Außerdem müßten gute Beziehungen zu England, Italien und Österreich angestrebt werden<sup>81</sup>. In einem Brief an Victor Cousin, der der kaiserlichen Politik nahesteht und scheinbar Thiers einen recht kritischen Brief geschrieben hat, präzisiert Thiers sein Urteil: Die napoleonische Politik sei absurd gewesen und sei weiterhin absurd. Sie führe zum Krieg und zur Bildung einer deutschen Großmacht. Territoriale Vergrößerungen lehne er, Thiers, nicht im Prinzip ab, aber der jetzige Moment sei ungeeignet, und sie bildeten keinen Ersatz für eine preußische Einigung Deutschlands<sup>82</sup>.

Die aufsehenerregende Parlamentsrede Thiers' hat die öffentliche Meinung stark beschäftigt und zur Stellungnahme gezwungen. Die Kammer applaudierte wider Erwarten dem Oppositionsredner, zweifellos einer gewissen Unruhe gegenüber der preußenfreundlichen Politik der Regierung Ausdruck gebend, ohne daß wir jedoch daraus wesentliche Schlüsse ziehen dürfen. Die offizielle Presse mußte natürlich die Angriffe gegen die kaiserliche Politik scharf zurückweisen und die Warnung vor Deutschland als unbegründet

<sup>81</sup> *Discours parlementaires*, Bd. X, 575ff.

<sup>82</sup> «Deux ou trois départements de plus ne seraient rien en comparaison du malheur irréparable de mettre cinquante millions d'Allemands dans la main de la Prusse, et vingt-cinq millions d'Italiens dans les mains du Piémont. Seconder la croissance de la Prusse, précipiter le déclin de l'Autriche, sont des fautes irréparables et je conteste tout génie politique à qui ne le voit pas, car ce sont des fautes en Orient autant qu'en Occident.» Zit. bei DANIEL HALÉVY, *Le courrier de M. Thiers*, Paris 1920, S. 382. Der Brief Cousins ist nicht erhalten.

darstellen<sup>83</sup>. Der den Hofkreisen nahestehende Prosper Mérimée nennt Thiers unpatriotisch<sup>84</sup>. «Opinion Nationale» und «Siècle» lehnen die Kritik an der Italienpolitik ab und decken im wesentlichen die Regierung. Auch John Lemoinne im deutschfreundlichen «Journal des Débats» kritisiert die Rede Thiers' deutlich. Die deutsche Einheit könne nicht auf der Basis von 1815 belassen und durch französisches Eingreifen in ihrer weiteren Entwicklung gehindert werden. Dies würde zudem ganz Deutschland gegen Frankreich auf den Plan rufen, und im übrigen sehe er nicht ein, daß «nous aurions à craindre de la constitution d'une Allemagne puissante entre la Russie et l'Occident»<sup>85</sup>. Der Hoffnung auf den Sieg des liberalen Deutschlands wird Ausdruck gegeben.

Im gegnerischen Lager wurde die Rede Thiers' begeistert begrüßt, auch wenn man, wie etwa Jules Favre, seiner Ablehnung der italienischen Einigungsbewegung nicht beipflichten konnte. Aber es wurde gleichzeitig der friedliche Charakter hervorgehoben, indem man die offiziellen Neutralitätserklärungen mit Recht als Stellungnahme für Preußen auslegte und darin eine gewisse Aufforderung zu militärischem Vorgehen sah<sup>86</sup>. Guizot, der alte Gegner Thiers', gratuliert ihm für die politische Leistung seiner Rede<sup>87</sup>.

---

<sup>83</sup> Constitutionnel 5. 5. 1866: «Nous n'avons rien à craindre de l'unité italienne, et, quant à l'unité allemande, elle est au moins problématique, et M. Thiers lui-même n'ose en prévoir la réalisation que dans un avenir très éloigné. L'image de ces deux unités nationales se donnant la main pour former à nos frontières un cordon menaçant, est en arrière d'un siècle; et l'évocation d'un nouvel empire germanique ne sera prise au sérieux par quiconque sait faire la différence des temps anciens et des temps modernes.»

<sup>84</sup> An Panizzi am 4. 5. 1866. *Lettres* II, 189.

<sup>85</sup> 5., 7. und 19. 5. 1866.

<sup>86</sup> LUDOVIC HALÉVY am 5. 5. 1866: «Il a justement flétri la politique de l'Italie et l'ambition de la Prusse; il a traduit en termes éloquentes cet ardent désir de la paix qui est dans tous les esprit sensés et honnêtes.» *Carnets*, Paris 1935, S. 103. Ähnlich auch JULIETTE ADAM S. 75. Ebenfalls Kern an den Bundesrat 3. 5. 66, zit. bei CASE S. 199.

<sup>87</sup> «Si j'avais été à Paris, j'aurais été vous faire mon compliment de l'acte et du discours, l'un et l'autre excellents. Je les voudrais aussi efficaces qu'excellents. Je ne l'espère guère. Ni vous non plus probablement. En tout cas vous avez sauvé l'honneur de l'esprit politique en France.» HALÉVY, *Courrier* S. 379.

Am energischsten vertritt der «Tems» den Kampf gegen die offizielle Politik und die mit Preußen sympathisierenden Zeitungen. Auguste Nefftzer verfügt dabei als glänzende Mitarbeiter über später führende Politiker der Dritten Republik wie Henri Brisson, Jules Ferry und Jules Grévy, außerdem den im Londoner Exil lebenden Louis Blanc. Der liberale und früher Deutschland sehr gewogene Nefftzer verabscheut Bismarck<sup>88</sup> und sieht in einem «empire prussien» eine Gefahr für Frankreich. Auch er betont die friedliche Absicht der Rede Thiers', steht nun aber in der Auseinandersetzung zwischen Österreich und Preußen 1865—1866 eindeutig auf Seiten Österreichs.

Die scharfe Kritik Thiers' muß den Kaiser geärgert haben; sie erschien als eigentliche Durchkreuzung seiner offenen und geheimen Pläne. In einer Rede in Auxerre am 6. Mai 1866 antwortete er Thiers, indem er sich scharf gegen die Verträge von 1815 wandte und damit indirekt sein Interesse an Kompensationen bekanntgab. Die Presse und die öffentliche Meinung im weiteren Sinne reagierten aber wider Erwarten ablehnend und wiesen den aggressiven Aspekt zurück. Napoleon hat daher die Kongreßidee wieder aufgenommen, die Nicht-Intervention betont und in einem «Circulaire» an Drouyn de Lhuys vom 11. Juni territoriale Vergrößerungen abgelehnt, sofern nicht das Gleichgewicht Europas völlig — das heißt durch Angliederung ganz Deutschlands an Preußen oder Österreich — geändert werde. Zudem müßten Volksabstimmungen stattfinden. Damit wurde aber gleichzeitig eine Vergrößerung Preußens in Nord- und Mittel-Deutschland im voraus sanktioniert und die Aktionsfreiheit Frankreichs eingeengt.

Die Frage der Kompensationen an der Rheinfront wurde in diesen Wochen wieder lebhaft erörtert. Wie 1860 wird im Stile der «Opinion Nationale» die deutsche Einheit gegen die Abtretung der Rheinprovinzen — oder Teilen davon — ausgespielt<sup>89</sup>. Der «Jour-

<sup>88</sup> «Cet homme devient un danger européen. Il a le diable dans l'âme.» JULIETTE ADAM S. 68.

<sup>89</sup> Eine typische Formulierung: «Pour trouver son assiette et conquérir enfin son indépendance, la Prusse, nous en sommes convaincu, verrait sans déplaisir la France reprendre sa frontière de 1814, c'est-à-dire quelques places bâties par Louis XIV.» ALPHONSE DE CALONNE, *Les raisons de la guerre, 1866* (extrait de la Revue contemporaine 15. 5. 1866).

nal des Débats» hält sich an das «Circulaire» und betont die Notwendigkeit von Abstimmungen in den eventuell zu annektierenden Gebieten<sup>90</sup>. Der deutlich antipreußische «Temps» lehnt hingegen Kompensationen ab<sup>91</sup>, ebenfalls Ludovic Halévy<sup>92</sup>; Mérimée hält sie für undurchführbar<sup>93</sup>. Jules Favre, der sehr energisch gegen Preußen Stellung nimmt und wie Thiers eine Politik auf seiten Österreichs fordert, möchte die französische Politik gerade darin sehen, daß vor aller Welt ein Verzicht auf Kompensationen und die «natürlichen Grenzen» ausgesprochen werde<sup>94</sup>.

In der heftigen Pressepolemik zwischen dem «Temps» einerseits, dem «Siècle» und der «Opinion Nationale» andererseits, ist von dieser Frage kaum die Rede. Es geht hier um die Stellungnahme zur deutschen Frage und insbesondere zum Konflikt zwischen Österreich und Preußen. Taxile Delord polemisiert im «Siècle» vom 3. Juni gegen Louis Blanc, der jetzt eine andere Politik gegenüber Deutschland vertrete als 1848! Louis Blanc antwortet mit dem Hinweis auf die Gefahr einer starken Militärmonarchie an den Grenzen Frankreichs; ein liberales Deutschland fürchte er nicht<sup>95</sup>. Der «Siècle» geht sehr weit und betont am 25. Juni 1866 ausdrücklich, daß er sich auf seiten Preußens gegen Österreich stelle. An der antiösterreichischen Linie wird bis zum Kriege konsequent festgehalten<sup>96</sup>. Der

---

<sup>90</sup> 14. 6. 1866.

<sup>91</sup> 30. 6. 1866.

<sup>92</sup> «Comment ne déclare-t-il pas à la Prusse qu'il n'encourage en rien ses espérances, qu'il est parfaitement insensible aux séductions des frontières du Rhin, qu'il veut la paix, la paix, rien que la paix, et qu'il est parfaitement résolu à soutenir l'Autriche si l'Autriche est attaquée.» Am 1. 5. 1866. *Carnets*, 101.

<sup>93</sup> «Que pouvons-nous gagner à la guerre? Les provinces rhénanes ne veulent pas de nous. La Belgique pas davantage. S'il y avait un remaniement de la carte d'Europe, je ne vois pas ce que nous pourrions demander, sinon des révisions de frontières sans importance. D'un autre côté il est évident que notre intérêt n'est pas de favoriser une Allemagne unique et unie. Raison de plus pour ne pas intervenir.» An Panizzi am 13. 5. 1866. *Lettres* II, 194.

<sup>94</sup> Am 2. 3. 1866. *Discours parlementaires*, Bd. III, 43.

<sup>95</sup> Temps 20. 6. 1866.

<sup>96</sup> Einige Formulierungen aus dem «Siècle»: am 2. 6. «Là, où l'esprit libéral existe, rien ne peut le détruire; c'est pourquoi la guerre, si elle est

«Temps», vertreten hier durch Jules Ferry, kritisiert diese Haltung sehr scharf, aber auch er behält eine leichte Hoffnung, die liberalen Kräfte in Preußen und vor allem im restlichen Deutschland möchten noch rechtzeitig zum Durchbruch kommen.

Zusammenfassend kann hier gesagt werden, daß sich die kritische und oft sogar feindselige Haltung gegenüber Deutschland, vor allem gegenüber Preußen, seit 1862 und insbesondere seit dem dänischen Krieg verdeutlicht hat. Es bleiben aber Sympathien für das liberale Deutschland und selbst für Preußen bestehen. In den Monaten Mai—Juni 1866 kann geradezu von einer propreußischen Welle in Paris gesprochen werden. Neben der offiziellen Presse sind es vor allem Organe wie «Opinion Nationale», «Siècle», «Avenir Nationale», die eindeutig auf Seiten Preußens stehen und einen Sieg über Österreich erhoffen. Die traditionelle Feindseligkeit zu Österreich hat bei den Vertretern des Nationalitätenprinzips und der Freundschaft für Italien wesentlich mitgesprochen. Österreich bleibt die reaktionäre, absolutistisch-katholische Macht, während in Preußen und Deutschland liberale Kräfte am Werke sind oder gar die Revolution in Aussicht steht. Das geschickte Manipulieren Bismarcks mit dem allgemeinen Stimmrecht im Bundestag konnte diese Meinung nur bestärken<sup>97</sup>.

---

nécessaire, ne nous effraye pas. Entre M. de Mensdorff supprimant le Reichsrath et M. de Bismarck annulant les votes de la chambre des députés, nous n'avons aucune préférence; mais nous sommes convaincus que l'unité allemande, si elle parvient à se créer, rendra les Mensdorffs et les Bismarcks impossibles; que l'Allemagne parvienne, pour ainsi dire, à se retrouver, et elle finira par être libre.» Die Ablehnung des Konferenzvorschlages durch Österreich gibt natürlich gute Argumente. Am 5. 6.: «la responsabilité de la guerre qui se prépare . . . doit retomber sur l'Autriche», am 7. 6.: «l'Autriche veut la guerre . . . dont la politique a toujours trompé tout le monde», am 18. 6.: «Si la Prusse, en attaquant l'Autriche, peut diviser les forces de cette éternelle ennemie du repos de l'Europe, tant mieux! Nous crierons bravo à la Prusse qui seconde nos plans et facilite le succès de notre cause.» Am 22. 6. gegen den «Temps»: «veut-il condamner à perpétuité l'Allemagne à ne vivre que de division?»

<sup>97</sup> JACQUES BAINVILLE kann nicht ohne Grund gegen die national-demokratische Ideologie polemisieren, die von Preußen als dem Land der kommenden demokratischen Revolution spreche und dabei die außenpolitische Frage übersehe, *Histoire de deux peuples*, Ausg. 1947, S. 212ff.

Die antipreußische Presse wie der «Temps» oder die katholisch-legitimistische «Gazette de France» und «Union» sehen sich deutlich in die Defensive gedrängt<sup>98</sup>. Ihre Hauptexponenten sind einerseits die Orleanisten wie Prévost-Paradol, Thiers, Guizot, andererseits die radikal-republikanische Gruppe der Favre, Ferry, Brisson, Gambetta. Man glaubt hier nicht, daß Bismarck das Nationalitätenprinzip vertrete; es handle sich um preußische Expansionspolitik, die für Frankreich gefährlich erscheint. Man lehnt die napoleonische Außenpolitik ab und verlangt eine Unterstützung Österreichs, nicht im Sinne eines Angriffskrieges, sondern um den Frieden zu erhalten und Bismarcks Absichten zu vereiteln.

Man hat in Frankreich einen längeren Krieg erwartet; der preußische Sieg bei Königgrätz/Sadowa am 3. Juli 1866 widersprach allen Erwartungen, und die zu befolgende diplomatische Linie war noch nicht festgelegt. Eine erste Reaktion auf die preußische Siegesnachricht war ein Befehl La Valettes, die öffentlichen Gebäude zu beleuchten! Gewisse Freudenkundgebungen fanden statt, und an der Börse stiegen die Kurse<sup>99</sup>. Man wird darin aber nur zum Teil eine Kundgebung für Preußen sehen dürfen; im wesentlichen war es die Freude über die neue Niederlage Österreichs und die Abtretung Venedigs an Italien. Im Kronrat von Saint-Cloud am 5. Juli wurde der Charakter der französischen Vermittlungspolitik besprochen. Napoleon III. stimmte vorerst der Absicht Drouyn de Lhuys bei, sofort mit militärischen Kräften am Rhein aufzumarschieren und Bismarck gegenüber auf Erhaltung des Status quo in Deutschland zu drängen. Rouher, Baroche<sup>100</sup> und La Valette stellten sich diesem Vorschlag entgegen und wünschten eine friedliche Vermittlung, lehnten also einen ultimativen Druck auf Preußen und die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens ab. Napoleon

<sup>98</sup> «Le pauvre Nefftzer qui a cependant de l'autorité, ne peut lutter dans le Temps contre l'entraînement public en faveur de la Prusse.» JULIETTE ADAM S. 75.

<sup>99</sup> ROBERT SCHNERB, *Rouher et le Second Empire*, Paris 1949, S. 186–187.

<sup>100</sup> Am 20. 8. 1866: «au surplus, je n'ai jamais partagé les craintes que la puissance développée de la Prusse inspire à l'opinion publique. La petite Prusse vient de le prouver.» Zit. JEAN MAURAIN, *Un Bourgeois français au XIX<sup>e</sup> siècle, Baroche ministre de Napoléon III.* Paris 1936, S. 312.

ließ sich aus nicht abgeklärten, aber wohl recht vielfältigen Gründen überzeugen und entschied sich gegen den Außenminister. Zu diesen Beweggründen wird man ohne Zweifel auch die öffentliche Meinung zählen dürfen, die sich gegen eine kriegerische Politik aussprach<sup>101</sup>. Die französische Armee war zudem ungenügend vorbereitet, und Napoleon war vom militärischen Erfolg im Falle eines Krieges mit Preußen nicht überzeugt. Zweifellos verpaßte man damit die letzte Möglichkeit, gegenüber der deutschen Einheit energisch und erfolgreich aufzutreten.

Die Friedensvermittlung und die Verhandlungen zwischen Frankreich und Preußen in der zweiten Hälfte Juli sind hier nicht zu schildern. Schließlich gab Napoleon III. seine Zustimmung zu einer Vergrößerung Preußens in Norddeutschland. Der Kaiser nahm hier seinen Gedanken eines «*état tampon*» wieder auf und hoffte auf die Bildung eines Staates in Süddeutschland, der Preußen ein gewisses Gegengewicht halten konnte. Die Kompensationsfrage, die in den sechziger Jahren immer wieder neu gestellt wurde, ist erst nach dem Präliminarfrieden von Nikolsburg aktuell geworden. Die Grenzen von 1814, die Rheinfront, Luxemburg und schließlich sogar Belgien tauchten in der Diskussion auf, doch Bismarck war nun bereits in einer starken Position und konnte sich auf eine Verzögerungstaktik, schließlich auf eine klare Ablehnung einlassen. Daß hinter den «*Trinkgeld*»-forderungen kein energischer Wille war, hat er wohl bald durchschaut. Schließlich fand sich Napoleon III. damit ab und versuchte, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Drouyn wurde am 12. August entlassen und durch Moustier ersetzt. In der Zirkularnote de la Valettes an die diplomatischen Vertreter vom 16. September 1866 wurde die Vergrößerung Preußens und die Unabhängigkeit Deutschlands begrüßt. Sie entsprächen dem von Frankreich vertretenen Nationalitätenprinzip. Es liege darin keine Gefahr für Frankreich. «*Une puissance irrésistible, faut-il le regretter, pousse les peuples à se réunir en grandes agglomérations en faisant disparaître les Etats secondaires*<sup>102</sup>.»

<sup>101</sup> Dazu LYNN M. CASE, *French Opinion and Napoleons III's decision after Sadowa*, in: *Public Opinion Quarterly* 1949.

<sup>102</sup> *Les Origines diplomatiques de la guerre de 1870/71*. Bd. XII, Paris 1921, S. 305.

Es ist oft behauptet worden, Napoleon III. sei von der öffentlichen Meinung zum Aufrollen der Kompensationsfrage gedrängt worden. Aus Rücksicht auf sie habe man sich in diese Verhandlungen eingelassen. Rouher und Magne bearbeiteten den Kaiser in der Tat in diesem Sinne. Rouher schreibt: «Le sentiment public se prononce de plus en plus dans le sens d'un agrandissement. Si nous pouvions dire officiellement: la Prusse consent que nous reprenions les frontières de 1814, l'opinion publique aurait un aliment. Je ne crois pas que cette rectification obtenue vaille quittance pour l'avenir<sup>103</sup>.» Noch deutlicher Magne, der mit Drouyn eine energische Politik wünschte; bei ihm verbindet sich der Wunsch, die Gelegenheit zu einer aktiven Politik gegen die kommende Großmacht Preußen auszunützen, mit der Rücksicht auf die öffentliche Meinung<sup>104</sup>. Dem Kaiser gegenüber wird man vor allem letztere betont haben, um ihn zur diplomatischen Aktion zu bewegen.

Sind von der öffentlichen Meinung wirklich Kompensationsforderungen gestellt und wie sind nach Sadowa die französisch-deutschen Beziehungen beurteilt worden?

Die momentane Freude über die Beendigung des Krieges und die Begrüßung der napoleonischen Vermittlung wichen bald einer schweren Enttäuschung. Die Politik des Kaisers hatte sich als Fehlschlag erwiesen und zu einer diplomatischen Niederlage geführt. Über die Verhandlungen mit Bismarck war man verständlicherweise nicht unterrichtet, obschon Gerüchte über Kompensationsforderungen in Paris zirkulierten. Es besteht kein Zweifel, daß anfänglich allgemein die Hoffnung bestand, daß die Neutralität Frankreichs in der einen oder anderen Form «bedankt» und die «Niederlage von Sadowa» wenigstens teilweise ausgeglichen werde. Auch Nefftzer im «Temps» macht eine Andeutung in diesem Sinne<sup>105</sup>. Deutlich ist Prévost-

---

<sup>103</sup> Zit. bei BLANCHARD S. 164.

<sup>104</sup> Ein Brief an Drouyn vom 4. 8. 1866 in JOSEPH DURIEUX, *Le ministre Pierre Magne 1806—1879 d'après ses lettres et ses souvenirs*, Paris 1929, Bd. II, 80. Am 7. 8. schreibt Magne . . . «on ne pardonnerait pas à l'empereur de n'avoir tiré de son intervention officieuse ou provoquée de ces conseils de son influence, d'autre résultat que d'avoir attaché à nos flancs deux puissants et dangereux voisins.» S. 82.

<sup>105</sup> 18. 7. 1866.

Paradol, der am 29. Juli offen vom Kriege spricht und Kompensationen erwartet<sup>106</sup>; bald darauf hat er aber, in Rücksicht auf die Schwäche Frankreichs, darauf verzichtet. Offen werden diese Forderungen wieder von der «Opinion Nationale» vertreten, die nun aber den Ton eigenartig geändert hat und Preußen verschiedentlich scharf kritisiert. Am 23. Juli wird «un programme de la paix» aufgestellt, das ein starkes Preußen im Norden, einen süddeutschen Staat, die Ausschaltung Österreichs aus den deutschen Angelegenheiten und Grenzkorrekturen für Frankreich vorsieht. Der Verfasser zählt die Verdienste Frankreichs um Deutschland auf, um diese Forderungen als recht und billig erweisen zu können. In recht deutlicher Form wird zu einer militärischen Aktion aufgefordert. Henri Brisson kann sich am 26. 7. im «Temps» über diese Schwenkung und ein lächerliches Gerede von der «race celtique» lustig machen.

In der übrigen Presse und vor allem in vielen privaten Äußerungen werden aber die Kompensationsforderungen abgelehnt. Der vor Sadowa und dann ab 1867 kriegslustige Emile de Girardin — einer der führenden Journalisten der kommenden Jahre — hat nun die Politik des «la guerre à la guerre» vertreten<sup>107</sup>. Die Orleanisten sehen ihre Prognosen eingetroffen und die außenpolitische Situation Frankreichs für lange Zeit kompromittiert. So Duvergier de Hauranne<sup>108</sup>, so der Historiker Mignet<sup>109</sup>, so Thiers<sup>110</sup>. Von Kompen-

---

<sup>106</sup> GUIRAL S. 592.

<sup>107</sup> HECTOR PESSARD, *Mes petits papiers 1860—1873*, Paris 1887—1888, Bd. I, 177.

<sup>108</sup> An Thiers am 12. 7. 1866: «Le résultat du complot de Biarritz sera la création à notre porte d'une grande puissance militaire qui, comme le disent si bien les journaux anglais, saura nous tenir en bride.» HALÉVY, *Courrier* S. 384.

<sup>109</sup> An Odilon Barrot am 29. 7. 1866: «L'Italie se complètera par la Vénétie et la Prusse se délimétera mieux aux dépens des États envahis de l'Allemagne du Nord qui demeurera tout entière sous son impérieuse suzeraineté. Mais la grande position qu'on réclamait en Allemagne pour l'Autriche que devient-elle. L'Autriche vaincue et affaiblie perd la position antérieure qu'elle y avait et la France pour laquelle on semblait devoir revendiquer un accroissement de territoire, si la force d'une puissance était augmentée et rompt l'équilibre européen, qu'aura-t-elle? Pas un pouce de terre, pas même la rectification de la frontière du Nord ... Pour la première fois on verra l'Italie et l'Allemagne formant de grands États unis entre eux et mal

sationen ist aber nicht die Rede; für Thiers liegt die Schwierigkeit gerade darin, daß sich ohne Krieg ein mächtiger deutscher Gesamtstaat bilden wird, Frankreich aber keinen Krieg führen kann! Die Kritik an der kaiserlichen Politik ist von gleicher Schärfe bei den antipreußischen Radikalen vom Schlage Gambettas und Ferrys. Allain-Targé gibt dieser Haltung am 2. 8. 1866 in einem Brief an seinen Vater Ausdruck<sup>111</sup>, aber der napoleonische Versuch, durch ein Zusammengehen mit Preußen territoriale Vergrößerungen zu erhandeln, wird mit Verachtung abgelehnt. Der «Temps» kommentiert am 6. 7. Sadowa noch sehr zurückhaltend und begrüßt die Abtretung Venedigs. Man hofft auf ein Nachgeben Bismarcks, die Vermittlung steht aber im Vordergrund. Henri Brisson glaubt nicht, daß Preußen Widerstand geleistet werden kann. «C'est donc, de toutes manières le grand empire Allemand qui se prépare et qui se réalisera, tôt ou tard, sous la main d'un roi de droit divin<sup>112</sup>.» Nefftzer lehnt die Politik der Kompensationen ab, da sie gegenüber Bismarck aussichtslos sei und zudem das Gleichgewicht nicht wiederherstellen könne. Er erklärt sich am 2. 8. 1866 über Nikolsburg befriedigt, da die Mainlinie gehalten sei und lehnt nochmals Kompensationsforderungen ab. Am 3. 8. betont er, daß die Einheit ganz Deutschlands als «inévitabile» im Auge behalten werden müsse.

---

disposés pour nous. Que diraient de cela les politiques de la vieille France? Les amis de leur pays ont la tristesse de le trouver non seulement privé de ses droits dans le présent mais exposé à des dangers dans l'avenir.» AMÉRAS, *Odilon Barrot* S. 336—337.

<sup>110</sup> HENRI MALÒ, *Thiers*, Paris 1932, S. 453—454.

<sup>111</sup> «Quand on songe que l'illustre médiateur (Nap. III.) a conspiré pendant quatre ans pour préparer la guerre; qu'il l'a voulue et qu'il s'est arrangé lui-même de façon à n'être pas en état d'entrer en campagne, si par un hasard bien facile à prévoir ses complices lui faisaient faux bond — et lui refusaient sa part de butin, il faut avouer que cet homme est un grand jocrisse. Et quand on pense que le résultat est la création d'une Allemagne de trente millions d'hommes, à laquelle s'annexera d'ici à peu d'années tout le reste du Sud-germanique, il faut dire que le chef de la France qui a travaillé à cela afin d'obtenir quelques lambeaux inutiles de territoire, pour faire une affiche, un coup de théâtre, dans un intérêt dynastique, est coupable de haute trahison et mérite la déchéance et la mort.» ALLAIN-TARGÉ, *La République sous l'Empire 1864—1870*, Paris 1939, S. 86.

<sup>112</sup> 21. 7. 1866.

Diese Einstellung mußte in jener Presse, die vor dem Kriege propreußisch war und gegen die austrophilen Äußerungen polemisierte, noch deutlicher in Erscheinung treten. Der «Siècle» will sich nun allerdings gegen eine falsch verstandene Deutschfreundlichkeit verteidigen; diese habe nicht Preußen und Bismarck, sondern der «grande patrie allemande» gegolten. Er hofft weiterhin auf die liberalen Kräfte in Deutschland. Der Sieg Preußens müsse hingenommen werden; schließlich hätten die Austrophilen Österreich zum Widerstand ad outrance aufgefordert und seien daher am Kriege mitschuldig. Es sei für Frankreich unmöglich gewesen, sich mit dem Feind der Nationalitäten und der «libre pensée» zu verbinden<sup>113</sup>. Der «Journal des Débats» sieht am 9. 8. 1866 das Hauptergebnis des Krieges in der endgültigen Verhinderung eines Groß-Deutschland, das Österreich eingeschlossen und damit eine Bevölkerung von 75 Millionen umfaßt hätte. «La Prusse aura beau faire: dût-elle s'annexer militairement et diplomatiquement toutes les populations allemandes de Nord et du Midi, elle ne pourra jamais former qu'un Etat de 35 millions d'âmes au plus, serré entre la France et la Russie, entre le Rhin français, la Vistule russe, le Danube autrichien sans aucun accès sur la Méditerranée.» Am 15. 8. wird die Frage der Kompensationen zur Sprache gebracht. Eine Wiederherstellung der Grenzen von 1814 habe heute wenig Bedeutung; Preußen werde zudem kaum zu Kompensationen bereit sein. Und wenn am 21. 8. gegen die Annexionsmethoden Preußens scharf zu Gericht gegangen wird, so wird am 9. 9. die deutsche Einigung der italienischen zur Seite gestellt, als lange vorbereitete «révolution» akzeptiert und der sichere Sieg des liberalen Gedankens prophezeit. Emile Ollivier verlangt Hinnahme der neuen Situation und spricht sich gegen Kompensation aus<sup>114</sup>. In der Chronique de la Quinzaine der «Revue des deux mondes» vom 31. 7. 1866 weist Forcade auf die Attraktion des Norddeutschen Bundes auf Süddeutschland hin. Über kurz oder lang werde sich ein Anschluß ergeben. Er kritisiert die Suche nach territorialen Korrekturen und verlangt dann von Frankreich eine «régénération intérieure» im liberalen Sinne. Cochut setzt sich im Augustheft mit

<sup>113</sup> 1. 8. 1866.

<sup>114</sup> *L'empire libéral* VIII, 535ff.

dem Nationalitätenprinzip auseinander. Auch er hält die Zweiteilung Deutschlands für vorübergehend: «Ne nous y laissons pas tromper; de quelque manière qu'on s'y prenne, l'unification de l'Allemagne se fera, si elle n'est pas déjà faite<sup>115</sup>.» Saint-René Taillandier endlich versucht mit dem historischen Aspekt eine gewisse Objektivität zu erlangen. Deutschland habe das Recht, sich eine neue Form zu geben, auch wenn man eine liberale Lösung vorgezogen hätte<sup>116</sup>. Der Bewunderer Deutschlands Ernest Renan freut sich, daß der Krieg vermieden werden konnte; Frankreich und Deutschland müßten ja, in bezug auf die wesentlichen Fragen der europäischen Zukunft, zusammengehen, um mit England den Sieg des liberalen Gedankens sicherzustellen<sup>117</sup>.

Das Urteil über die französische Stellungnahme zum deutschen Krieg von 1866 und die Bildung des Norddeutschen Bundes bedarf u. E. einiger Differenzierung. Von Kriegshetze und vom Willen, den preußischen Erfolg rückgängig zu machen und in jedem Falle ausreichende Kompensationen zu erhalten, darf nur in sehr beschränktem Maße gesprochen werden. Zweifellos beurteilt man Sadowa als schwere diplomatische Niederlage Frankreichs und als Mißerfolg Napoleons III. Eine deutsche Großmacht zeichnet sich ab und wird als lebensgefährliche Bedrohung der französischen Position betrachtet. Man ist aber viel zu sehr von der militärischen Macht Preußens, von der diplomatischen Kunst Bismarcks und von der eigenen politischen wie militärischen Schwäche beeindruckt, als daß man offen ein energisches oder gar militärisches Vorgehen verlangen könnte. Wird von liberaler Seite das Recht auf Einigung anerkannt, so wird diese von gegnerischer Seite als bittere Tatsache akzeptiert. Aber sie wird akzeptiert, auch wenn man sich über die Haltbarkeit der Mainlinie keine Illusionen macht und bereits die deutsche Einigung bis zur Rheingrenze fortschreiten sieht. Kompensationen werden in weiten Kreisen aus ganz verschiedenen

---

<sup>115</sup> *Des nationalités, à propos de la guerre de 1866.*

<sup>116</sup> «Je réponds que l'Allemagne a le droit de choisir qui elle veut pour réaliser son désir d'unité et que, si son choix est périlleux pour elle ou lui coûte quelques sacrifices, c'est chose qui la regarde.» *Revue des deux mondes*, 1866/5, S. 942.

<sup>117</sup> *Correspondance* S. 275—276.

Gründen abgelehnt. Heftig ist jedoch die Kritik an der Regierung, an Napoleon III. und seinem Regime. Wir glauben daher sagen zu dürfen, daß die napoleonische Kompensationspolitik im August und September 1866 zwar auf Druck der öffentlichen Meinung erfolgt ist, aber nicht so sehr weil diese eine solche Politik ausdrücklich gefordert hätte, sondern um den schweren Prestigeverlust auszugleichen und das Regime nicht in Gefahr zu bringen.

Die Enttäuschung über Frankreich ist groß, da man den Machtverlust verfolgt und die inneren Spannungen kennt. Eine innere, liberale Erneuerung erscheint als einzige Möglichkeit, dem Lande neue Kräfte zuzuführen. In diesem Sinne möchten wir hier auf Edgar Quinet und Prévost-Paradol hinweisen.

Wir sind Quinet, dem einflußreichen Philosophen, Historiker und Publizisten, der mit seinem Freunde Michelet den romantisch angehauchten Liberalismus und Demokratismus der ersten Hälfte des Jahrhunderts vertrat, bereits als Exponenten deutschen Einflusses in Frankreich und zugleich als Verfasser jener 1832 erschienenen Schrift «De l'Allemagne et de la Révolution» begegnet, die als erste von den tiefen Wandlungen in Deutschland seit 1815 sprach, das Bild Madame de Staëls als ungültig erklärte und vor der deutschen Einigung warnte. Quinet hat nach Ausbruch des Krieges diese Schrift wieder hervorgezogen und sie mit berechtigtem Stolz als prophetische Stimme seinen Freunden empfohlen<sup>118</sup>. Entgegen seinen Warnungen habe Frankreich in tollem Widersinn die preußische Politik gefördert und unterstützt. Der Sieg von Sadowa habe den frankreichfeindlichen Machtstaat im Norden geschaffen<sup>119</sup>. Quinet fühlte sich aufgerufen, wiederum auf das Problem zurückzukommen; sein Aufsatz «France et Allemagne» erschien zu Beginn 1867 im «Temps», später als Broschüre. Die deutsche Einheit sei als «fait accompli» voraussetzen — rückgängig könne sie nicht gemacht werden. Ihre Urheber in Preußen glaubten aristokratischen Interessen zu dienen, aber die politische Einheit werde die

---

<sup>118</sup> An Jules Ferry am 9. 7. 1866, in: *Lettres d'exil à Michelet et à divers amis*, Paris 1886, Bd. III, 124—125. Zu Quinet auch: ALBERT VALÈS, *Edgar Quinet, sa vie et son œuvre*, Paris 1928.

<sup>119</sup> An Léon Renault am 21. 7. 1866, *Lettres* S. 135ff.

wirtschaftliche Entwicklung fördern und damit die Aristokratie zurückdrängen. Das kosmopolitische Denken eines Kant habe versagt und sei durch ein germanisches Sendungsbewußtsein ersetzt worden. «A leurs yeux ce n'est pas seulement un empire de plus dans le monde; c'est la substitution de l'ère germanique à l'ère des peuples latins et catholiques, relégués désormais sur un plan inférieur<sup>120</sup>.» Der Durchbruch des liberalen Gedankens sei noch nicht gekommen. Hingegen zeige sich die Tendenz des Despotismus, sich hinter einer liberal-konstitutionellen Maske zu verbergen. Die junge Macht Preußen sei ausdehnungsbedürftig und fühle sich zudem von Frankreich bedroht. Quinet lehnt Annexionen scharf ab, sowohl umfangreiche wie die Schweiz oder Belgien, als auch kleinere wie Luxemburg oder Saarbrücken. Die deutsche Opposition würde nur gestärkt, und machtmäßig wäre wenig gewonnen. «Il s'agit de l'avènement d'un monde qui vient de se révéler, et qui a la ferme intention de vous subordonner en tout» (S. 18). Quinet kritisiert also trotz aller Warnung vor der preußischen Macht die Kompensationspolitik Napoleons III. und verlegt das Schwergewicht auf die Innenpolitik. Frankreich müsse rüsten, wenn möglich das preußische System der Landwehr übernehmen und im übrigen den staatlichen Willen im liberalen Sinne reformieren. Denn «nous avons été conduits aux extrémités où nous sommes par l'engourdissement de l'esprit public, par le défaut d'observation, par le silence de la presse, et par cette cause qui les enferme toutes: à savoir que l'intelligence politique a baissé dans les individus comme dans les masses» (S. 21). Frankreich müsse wieder stark werden, eine «nouvelle France» soll entstehen. Quinet ist aber zugleich recht pessimistisch, für Frankreich und für Europa. Ein Attentat gegen die Prinzipien von 1789 sei in Vorbereitung, und eine neue Politik der Macht und der «force» habe eingesetzt. «Puisse l'avenir prochain me démentir dans tout ce qui n'est pas un presentiment heureux pour la justice et pour la liberté de la France et du monde» (S. 31).

Das Thema eines sich innerlich reformierenden Frankreich hat Prévost-Paradol in seinem bekannten Buch «La France nouvelle»

---

<sup>120</sup> Broschürenaussgabe, Paris 1867, S. 9.

eingehend ausgeführt<sup>121</sup>. Auf das politische Programm, das man kurz als konstitutionelles Königtum — die Frage Monarchie oder Republik ist zwar sekundär — mit allgemeinem Stimmrecht, aber mit stark ausgebauten konservativen und retardierenden Elementen und unter Betonung der Dezentralisation zusammenfassen kann, ist hier nicht einzugehen. Den «signes de décadence» ist ein eigenes Kapitel gewidmet! Prévost stellt sich die Frage: «la marche envahissante de la Prusse se poursuivra-t-elle en paix, ou bien tenterons-nous de l'arrêter ou au moins de la suspendre par la force des armes?» Der Krieg erscheine beinahe unvermeidlich, da der Norddeutsche Bund die Angliederung ganz Deutschlands notwendigerweise versuchen werde, andererseits Frankreich Widerstand leisten müsse<sup>122</sup>. Im Falle eines französischen Sieges würde sich das Problem der Annexionen stellen. Das von Paradol seit langem abgelehnte Nationalitätenprinzip würde gegen Frankreich sprechen, da mit der Zustimmung der Bevölkerung nur wenig zu holen wäre! Außerdem könnte sich eine preußisch-russische Allianz ergeben. Im Falle einer Niederlage wäre es mit Frankreich zu Ende und selbst eine Aufteilung Österreichs stände dann in Aussicht; das Kolonialreich wäre nicht mehr zu halten. Aber auch ohne Krieg ist es um Frankreich nicht zum besten bestellt. Der Bevölkerungszuwachs in Deutschland sei stark, und die neu sich bildenden Kolonialreiche und Großräume fixierten den Sieg der anglo-amerikanischen Rasse. Für Frankreich bestehe alle Aussicht, das Athen des neuen römischen Reiches zu werden, wenn es seine Geburtenzahl nicht gewaltig erhöhe und zudem in Algerien und Tunis, überhaupt im Mittelmeerraum, kolonisatorisch energisch ausgreife.

Obwohl Quinet und Prévost-Paradol ganz verschiedene Charaktere und beinahe entgegengesetzte politische Grundauffassungen vertreten, so ist beiden doch manches gemeinsam: das Bewußtsein, innenpolitisch und außenpolitisch in eine entscheidende Phase

---

<sup>121</sup> Wir zitieren nach der 2. Aufl., Paris 1868.

<sup>122</sup> «En dépit de la volonté des hommes, les choses vont à la guerre. La raison en est bien simple: il est presque impossible que la Prusse, malgré sa prudence, ne fasse point un pas de plus vers l'absorption de l'Allemagne, et il est impossible que le gouvernement français, malgré sa patience, assiste à ce nouveau mouvement sans tirer l'épée.» S. 386.

einzutreten, hervorgerufen oder mindestens stark gefördert durch den preußischen Erfolg von 1866 und den kaum mehr aufzuhaltenden Einheitswillen Deutschlands; zudem die Forderung, mit einem eindeutig liberalen Kurs neue Kräfte in Frankreich zu wecken, und eine ausgesprochene Zurückhaltung in der Frage von Annexionen und Kompensationen. Quinet allerdings will von Krieg nichts wissen, während der realistische und zugleich konservative Paradox — wir haben bereits mehrmals darauf hingewiesen — mit einem Krieg mit Deutschland rechnet und ihn bis zu einem gewissen Grade sogar fordert, obschon er von dessen gutem Ausgange keineswegs überzeugt ist.

Man erinnert sich, daß mit dem «Circulaire» vom 16. September 1866 jene Versuche, von Bismarck die Abtretung deutschen Gebietes erhandeln zu können, ihr Ende fanden und der deutschen Einheit mit dem Schlagwort «agglomération» zugestimmt wurde. Dies hieß gleichzeitig, daß man nicht mehr so sehr am Cordon sanitaire der deutschen Kleinstaaten interessiert war — das heißt, man vermochte diese Politik nicht mehr aufrechtzuerhalten — und nun selbst auf die Vergrößerung der eigenen «agglomération» bedacht sein mußte. In diesem Sinne gingen geheime Verhandlungen um Belgien und dann um Luxemburg, die in den ersten Monaten 1867 in den Mittelpunkt des Interesses traten und in den Monaten März-Mai zu einer heftigen Diskussion über die deutsche Frage Anlaß gaben. Sie fanden ihren Abschluß im Vertrag von London (7. Mai 1867), der einen neuen Erfolg Bismarcks bedeutete, aber doch Napoleon III. einigermaßen das Gesicht wahren ließ<sup>123</sup>.

Am 14. März 1867 hat Thiers mit einer Interpellation über die Außenpolitik, insbesondere über die deutschen Angelegenheiten, zur französischen Politik Stellung genommen. Die vielbeachtete Rede bietet an sich wenig neue Gesichtspunkte. Thiers nimmt seine Kritik am Nationalitätenprinzip und an der napoleonischen Politik seit 1859 wieder auf. Die preußischen Erfolge von 1864 und 1866 hätte man vermeiden können. Eine konservative Politik des europäischen Gleichgewichtes dränge sich auf. Hier fällt das berühmte

<sup>123</sup> ONCKEN I, 48ff. Dazu auch G. PAGÈS, *L'affaire du Luxembourg d'après une publication récente*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine*, 1926.

Wort: «Il n'y a plus une seule faute à commettre»<sup>124</sup>. In der Replik vom 18. 3. lehnt Thiers das Gerede von den «agglomérations» ab, da dies die deutschen Kleinstaaten in die Arme Preußens treibe und Frankreich als aggressive Macht erscheinen lasse<sup>125</sup>. Demgegenüber verteidigt er den Status quo ohne Annexionsabsichten; nur so lasse sich England gewinnen. Wachsamkeit gegenüber Preußen und Rücksichtnahme auf Süddeutschland seien vorläufig erstes Gebot.

Der neuerliche Angriff Thiers' auf die Nationalitätenpolitik ist auch innerhalb der Oppositionsgruppe des Parlamentes auf heftige Kritik gestoßen. Garnier-Pagès, ein wichtiger Politiker der Zweiten Republik, lehnt die monarchische Tradition der französischen Außenpolitik, die auf Spaltung der umliegenden Staaten gezielt habe, ab und kritisiert gleichzeitig die Rüstungsausgaben Napoleons. Die deutsche Einigungsbewegung sei nicht aufzuhalten, und Frankreich habe kein Recht, sich dagegen aufzulehnen<sup>126</sup>. Garnier-Pagès nimmt die These von Jules Favre auf und fordert laute Proklamierung der «Indépendance complète des peuples». Wenn die offizielle Presse von Belgien und Grenzverschiebungen spreche, so müsse er dies deutlich zurückweisen. Nur ein liberales Programm könne Erfolg versprechen. Emile Ollivier geht noch weiter. Eine Bedrohung Frankreichs wird strikte verneint: «Je crois, quant à moi, Messieurs, que personne en Europe ne menace la France. Je crois que si la concentration réelle des forces qui vient de s'accomplir en Allemagne offre un fait nouveau, elle ne crée pas un péril, et que l'unité italienne qui l'a préparée et devancée, la contrebalance et fait disparaître ce qu'elle peut offrir d'inquiétant.» Hatte Ollivier vor 1866 die Thiersche Prophezeiung, die italienische Einheit werde die deutsche nach sich ziehen, abgelehnt, so interpretiert er dies nun, ins Positive gewendet, gemäß dem Nationalitätenprinzip. Die Angliederung Süd-Deutschlands sei zudem nicht aufzuhalten. «Cette Allemagne que vous voulez empêcher d'être, sera... accepter sans arrière-pensée, c'est d'accepter sans pusillanimité, c'est d'accepter sans inquiétude, c'est d'accepter avec confiance une œuvre qui,

<sup>124</sup> *Discours parlementaires*, Bd. XI, 91.

<sup>125</sup> *Discours parlementaires*, Bd. XI, 153.

<sup>126</sup> *Moniteur* 15. 3. 1866: «... Lorsque l'Allemagne réclame aussi d'être ce que vous êtes, pouvez-vous blâmer ce sentiment qui la pousse?»

j'en suis convaincu, n'est pas dirigée contre nous<sup>127</sup>.» Hier ist wohl das Äußerste in der positiven Beurteilung der deutschen Ereignisse geleistet worden, und zwar von einem einflußreichen Mitglied der Opposition und dem Ministerpräsidenten von 1870! Es ist in der Tat auffallend, wie selbst nach Sadowa die Nationalitätenidee verteidigt und auch für Deutschland gültig erklärt wird. Jules Ferry bezeichnet denn auch im «Temps» am 17. 3. Garnier-Pagès' These als «politique de la candeur» und diejenige Olliviers als «politique de l'aveuglement».

Rouher verteidigt die Politik der Regierung. Den Krieg von 1866 habe man nicht verhindern können. Frankreich habe Preußen Einhalt geboten; die jetzige Lösung sei bei weitem besser als der Deutsche Bund. Rouher wirft dabei die These von den drei «trouçons» in die Diskussion — Norddeutscher Bund, ein süddeutscher Staat und Österreich —; diese Politik wahre die Interessen Frankreichs, da sie Preußen an einer weiteren Ausdehnung hindere. Man darf dabei annehmen, daß dieser Hinweis auf ein altes Ideal Napoleons III. nicht nur gegen Thiers gerichtet, sondern zugleich auch als Einschüchterung Bismarcks gedacht war<sup>128</sup>. Dieser hat denn auch am 18. 3. mit der Publizierung der Verträge mit Baden und Bayern geantwortet. In Preußen glaubte man an die Absicht Napoleons, die Luxemburgerfrage mit Gewalt lösen zu wollen, während man in Frankreich die Möglichkeit, Preußen auf Nord- und Mitteldeutschland beschränken zu können, schwinden sah. Am 1. April ließ sich Bismarck von Bennigsen interpellieren, um geschickt ausweichend, aber doch bestimmt zu antworten und sich eine spätere Entscheidung offen zu lassen.

Die Stimmung in Paris ist aufgeregt, man spricht von Krieg<sup>129</sup>. Während sich die offiziellen Zeitungen wie der «Constitutionnel» und die «Patrie» zurückhalten, aber auf die Notwendigkeit einer

---

<sup>127</sup> Moniteur 15. 3. 1866.

<sup>128</sup> PAGÈS S. 420.

<sup>129</sup> Darimon bemerkt am 2. 4. 1866: «On commence à s'habituer à l'idée d'une guerre avec la Prusse. On aime mieux en finir toute de suite que de rester plus longtemps dans l'inquiétude. Beaucoup de gens y voient le moyen d'échapper à une révolution . . .» *Les irréconciliables sous l'empire 1867-1869*, Paris 1888, S. 68. Ebenso HALÉVY, *Carnets* am 13. 5. 1866, S. 161.

Evakuierung Luxemburgs drängen, vertreten Emile de Girardin und Clément Duvernois in der «Liberté» und Garnier de Cassagnac im «Pays» eine eigentliche Kriegspolitik. Eine extrem nationalistische Gruppe zeichnet sich hier ab, die nun bis 1870 unaufhaltsam die Notwendigkeit militärischer Aktionen gegen Preußen betonen wird. Der Ton ist von rücksichtsloser Schärfe. So unterbricht Cassagnac etwa Jules Favre in der Kammer am 18. 3. mit den Worten «C'est une honte, vous n'êtes pas français». Im «Pays» wird offen die Annexion Belgiens unter dem Schlagwort einer konsequenten Befolgung der «frontières naturelles» propagiert. Duvernois überschreibt am 7. 4. einen Artikel geradezu mit «La guerre». Wenn Preußen Luxemburg noch eine Woche besetzt halte, so müsse dies als Kriegserklärung verstanden werden. Ruhe und Ordnung werde erst sein, «lorsque les Etats se seront constitués dans leurs frontières naturelles»<sup>130</sup>.

Die Opposition lehnt aber auch jetzt sowohl den Krieg als auch eine Politik der Annexionen am Rhein, in Luxemburg oder gar in Belgien ab. Nur die Evakuierung Luxemburgs wird mit einiger Intensität verlangt. Ganz allgemein wird der Ton der Presse gegenüber Preußen spitziger und kritischer<sup>131</sup>. Der «Temps», der die Rede Thiers' vom 14. März begeistert begrüßt hat und etwa am 22. 3. gegen Zeitungen wie «Siècle» und «Journal des Débats», «Constitutionnel» und «Patrie» polemisiert, die deutsche Frage nicht ernst genug zu nehmen, muß dann aber doch, im Hinblick auf die Verträge mit Süddeutschland, resigniert feststellen: «l'empire germanique est fait.» Einziger Ausweg für Frankreich bleibe eine Politik der Allianzen und der Liberté, ein «retour prompt et sincère de notre pays aux principes de la révolution française»<sup>132</sup>. Mit beißender Schärfe kritisiert Jules Ferry am 9. 4. 67 die französische Diplomatie, die mit ihrer preußenfreundlichen Politik ständig neue Niederlagen erleide. Auch die Politik der «trois tronçons» habe fehlgeschlagen. Wegen Luxemburg Krieg zu führen, wird aber

---

<sup>130</sup> 9. 4. 1867.

<sup>131</sup> CASE, *French opinion on war*, S. 226—227.

<sup>132</sup> 23. 3. 1867.

energisch abgelehnt<sup>133</sup>. Der «Siècle» legt Thiers' Politik als altmodisch aus und verurteilt jeden Gedanken an einen Krieg<sup>134</sup>. Ähnlich geht Ad. Guérault im Parlament gegen Thiers vor<sup>135</sup>. Angst vor Deutschland sei nicht am Platze, vor allem wenn Napoleon III. im Innern mehr Freiheit gewähre<sup>136</sup>. Auch in der «Revue des deux mondes» vom 30. 6. wird die Luxemburg-Politik kritisiert<sup>137</sup>. Forcade ist der Meinung, daß die deutsche Einheit bis zum Rheine nicht mehr aufzuhalten sei<sup>138</sup>. Hugo empört sich über die Möglichkeit eines Krieges<sup>139</sup>, Quinet hält ihn für undurchführbar<sup>140</sup>, Allain-Targé richtet sich gegen eine Verstärkung der Armee und gegen einen Krieg am Rhein<sup>141</sup>. Michelet ist mit Quinets Interpretation Preußens nicht einverstanden<sup>142</sup>, und selbstverständlich freut sich auch Renan, daß der Krieg vermieden worden ist<sup>143</sup>.

<sup>133</sup> Nefftzer am 4. und 9. 4. 1867.

<sup>134</sup> 17. und 18. 3. 1867.

<sup>135</sup> Am 10. 12. 1867: «... je crois comme plusieurs orateurs l'ont déjà exprimé, qu'il y aurait à la fois peu de bonne grâce, peu de prévoyance et de bon calcul à afficher à l'égard de l'Allemagne des craintes et des appréhensions exagérées.» *Discours prononcés au corps législatif par Ad. Guérault, député de la Seine 1863—1869*, Paris 1869, S. 125.

<sup>136</sup> Frankreich «n'aura aucun danger à redouter de la constitution des deux nationalités qui se sont formées et se développeront à ses côtés», S. 138.

<sup>137</sup> «Cette année même, la frivole revanche qu'on a cherchée dans l'acquisition du Luxembourg, sans aucune invitation et on pourrait dire à l'insu de l'opinion publique, a failli mettre brusquement la France aux prises avec l'Allemagne.» S. 245.

<sup>138</sup> «Je crois qu'il nous faudra les accepter de bonne grâce quand même nous regretterions un peu l'ancien morcellement de l'Allemagne.» *L'Allemagne et ses nouvelles tendances politiques*, 1867/4, S. 768.

<sup>139</sup> Am 30. 4. 1867: «Aussi vois-je avec exécution l'infâme guerre qui s'apprête, un allemand n'étant pas moins mon frère qu'un français.» *Oeuvres complètes, Correspondance*, Bd. III, Paris 1952, S. 31.

<sup>140</sup> «Encore une fois, que la France se garde de la grande guerre. Elle serait foulée aux pieds!» März 1867, *Lettres d'exil* S. 217.

<sup>141</sup> 6. Jan. 1868. *La République*, S. 99.

<sup>142</sup> Am 13. 1. 1867 an Quinet: «Vous êtes un peu dur pour la Prusse. Il fallait bien que l'unité vînt de là où était la force. Ainsi qu'elle est venue en Italie des Piémontais, si rudes et si peu Italiens. D'où vouliez-vous qu'on prit le point de départ?» M<sup>me</sup> EDGAR QUINET, *Cinquante ans d'amitié: Michelet-Quinet*, Paris 1899, S. 305.

<sup>143</sup> Am 7. 11. 1867: «La grande guerre, la guerre avec la Prusse, paraît

Diesen Meinungsverschiedenheiten begegnen wir auch in der Periode von 1868 bis Juli 1870. Im Januar und dann im Hochsommer 1868 sind die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen wiederum gespannt. Emile de Girardin verfißt in der «Liberté» mit Ausdauer seine These der «natürlichen Grenzen» in einem deutlich kriegerischen Ton. Das Frankreich von 1801 müsse wieder hergestellt und der geographischen Einheit Deutschlands diejenige Frankreichs entgegengestellt werden. Auf die Dauer sei die «paix armée» unhaltbar<sup>144</sup>. Broschüren wie diejenige von Charles Muller, *Nos frontières du Rhin* (1868) sekundieren die «Liberté»<sup>145</sup>. Es ist aber irrig, diese Theorien und diesen Ton als die Stellungnahme der Opposition ausgeben zu wollen<sup>146</sup>. Der keineswegs deutschfreundliche Challemel-Lacour macht sich über diese Schriften lustig und kann gleichzeitig entsprechende Produkte in Deutschland nachweisen<sup>147</sup>. A. Ranc polemisiert im jakobinischen «Reveil» gegen Girardin als die einzige Stimme in Frankreich, die Krieg wünsche.

Die liberale und demokratische Oppositionspresse bekämpft energisch die Armereformprojekte General Niehls (Dezember 1867). Unermüdlich wird auf den Widerspruch hingewiesen, einerseits die

---

heureusement ajournée. C'eût été le dernier malheur pour la France et pour la civilisation.» *Correspondance* I, 285.

<sup>144</sup> Einige Formulierungen: Am 2. 1. 1868: «A tort ou à raison, l'ennemi de la France en janvier 1868 c'est la Prusse ayant l'Allemagne sous son commandement militaire et lui commandant comme un colonel à son régiment»... die Alternative Kongreß oder Krieg stelle sich ... «La France n'a contre l'unité géographique de l'Allemagne aucune objection, à la condition que l'Allemagne n'aura, de son côté aucune objection contre l'unité géographique de la France», am 13. 1.: «La France n'a à se mêler à rien de ce qui se passe ou se passera sur la rive droite du Rhin», am 16. 7.: «Pas plus que: le Constitutionnel nous ne reculons devant la guerre quand elle est nécessaire; et voilà plusieurs mois que nous répétons à satiété qu'elle est devenue inévitable; pas plus que lui, nous ne conseillons au gouvernement une attitude de doux épanchement et de touchant abandon ... Guerre immédiate ou immédiat désarmement: voilà notre programme.»

<sup>145</sup> Eine weitere Broschüre etwa: *La politique de la France*, Paris 1868.

<sup>146</sup> ONCKEN I, 66.

<sup>147</sup> In der *Revue politique* II, 1868, S. 31. Ähnlich auch ALBERT DE BROGLIE, *Le corps législatif, le Mexique et la Prusse*, Paris 1868, S. 15.

allgemeine Lage als befriedigend zu erklären und eine deutsche Bedrohung zu verneinen, und andererseits neue Rüstungskredite einzufordern. Die Opposition (Jules Favre, Jules Simon und Ernest Picard) verlangt demgegenüber die Abschaffung der stehenden Armeen und die Einführung des Milizsystems nach schweizerischem Vorbild. Zur Defensive sei die Miliz ausreichend. Die Rücksicht auf die innenpolitische Auseinandersetzung, die sich bis 1870 zusehends verschärft, ist unverkennbar. Die Miliz ist Ausdruck der Demokratie, während die stehende Armee als Verstärkung des Kaiserreiches interpretiert wird. In der Wahlkampagne von 1869 hat selbst ein Jules Ferry die Aufhebung der stehenden Armee verlangt<sup>148</sup>. Aus der Perspektive der Niederlage von 1870 kann denn auch diesen Vertretern der Opposition der Vorwurf nicht erspart werden, aus innenpolitischen und parteipolitischen Gründen die Verstärkung der französischen Abwehrkraft vernachlässigt zu haben.

Parallel mit dieser stark innenpolitischen Orientierung geht aber auch eine neue Einschätzung der außenpolitischen Lage. Man ist geneigt, die Kriegsgefahr zu leugnen und in Kritik der napoleonischen Politik den offenen Verzicht auf eine Einmischung in deutsche Angelegenheiten und auf jedwelche Annexion auszusprechen. Bei Jules Favre ist diese Haltung besonders auffallend, da er bis Sadowa eine eindeutig antipreußische Politik vertreten und mit Thiers zu jenen gehört hat, die als erste auf die Gefahr eines unter Führung Preußens stehenden deutschen Nationalstaates hingewiesen haben. Am 18. März 1867 kritisiert er aber die Rede Thiers'<sup>149</sup>, am 8. Juli 1868 weist er auf die Konsolidierung des Bismarckschen Staates hin und verlangt eine Politik der «pacification»<sup>150</sup>. Am 9. April 1869 hebt er hervor, daß Bismarck keine neue «querelle» suche und Frankreich daher mit seiner Abrüstungspolitik beginnen könne. An einen Krieg mit Preußen glaubt er nun nicht mehr<sup>151</sup>. Ganz ähnlich denken aber auch Jules Simon<sup>152</sup> und Emile Ollivier<sup>153</sup>.

---

<sup>148</sup> PAUL CAMBON, *Correspondance*, Bd. II, S. 285. Weitere Beispiele bei PAUL DESCHANEL, *Gambetta*, Paris 1920, S. 48.

<sup>149</sup> *Discours parlementaires* III, 209—210.

<sup>150</sup> *Discours parlementaires* III, 520ff.

<sup>151</sup> *Discours parlementaires* III, 681. Dazu auch *Reclus* S. 313f.

<sup>152</sup> In der Armeediskussion vom 23. 12. 1867 erinnert er an den Satz:

Viele setzen ihre Hoffnungen wiederum auf die liberalen Kräfte in Deutschland, in Preußen und vor allem in Süddeutschland. Sollte sich der Süden an den Norden angliedern, so werde sich notwendigerweise eine Verstärkung des liberalen Kurses ergeben. Die Frage, ob mit Spannungen zwischen Nord- und Süddeutschland zu rechnen sei, die eine gesamtdeutsche Einheit verhindern werden, wird nicht eindeutig beantwortet: die Meinungen gehen hier auseinander. Wir erwähnten bereits mehrere Stimmen, die seit 1864 und vor allem seit 1866 an eine Begrenzung Preußens auf Nord- und Mitteldeutschland und an die Respektierung der Mainlinie nicht glauben können und ein geeintes Deutschland bis zum Rhein in Rechnung stellen. Gewisse Hoffnungen auf zunehmende Spannungen zwischen dem Norddeutschen Bund und den Südstaaten scheinen sich aber doch 1868—1870 neu herauskristallisiert zu haben. Die «Revue des deux mondes», die bis 1870 ausgesprochen deutschfreundlich bleibt und die deutsche Einheit akzeptiert hat, erwartet doch gleichzeitig einen liberalen Widerstand in Süddeutschland. Deutlich wird dies etwa in einem repräsentativen Artikel Victor Cherbuliez' über «La Prusse et l'Allemagne». Selbst die antipreußische «Revue politique», die 1868 und 1869 erscheint und über Mitarbeiter wie Challemel-Lacour, Brisson, Spuller, Allain-Targé, Gambetta, Ferry und Grévy verfügt, glaubt auf den zunehmenden Widerstand in Süddeutschland hinweisen zu können. Der Norden übe wenig Attraktion auf den Süden aus; Bismarck werde aber von der öffentlichen Meinung bedrängt, und mit einer friedlichen Entwicklung sei kaum zu rechnen<sup>154</sup>. Andererseits muß nun aber Spuller ein ständiges Vorwärtsschreiten des Norddeutschen Bundes fest-

---

«L'Empire c'est la paix» . . . das neue Projekt «c'est la guerre, vous-dis-je. . .» so zeige man nicht den Friedenswillen, in: *Politique radicale*, Paris 1868, S. 226f.

<sup>153</sup> «Le jour où la France ne prendrait plus les allures guerrières qu'elle a aujourd'hui, le jour où la France parlerait de désarmement, le jour où la France n'aurait plus sous des paroles de paix des arrière-pensées de guerre, croyez-vous qu'alors ces peuples de l'Allemagne qui succombent sous le fardeau des devoirs militaires, ne sauraient pas contraindre leurs souverains à mettre bas les armes?» Am 2. 7. 1868. *Moniteur* vom 3. 7. 1868.

<sup>154</sup> CHALLEMEL-LACOUR, *Le succès de M. de Bismarck*, Bd. I, 1868.

stellen<sup>155</sup>. Ein neuer Krieg werde sich aus innerdeutschen Ursachen ergeben. Die sich aufdrängende Frage nach der französischen Haltung bei einem preußischen Überschreiten der Mainlinie wird hier — wie überhaupt oft in der Presse bis 1870 — nicht gestellt!

Die französische Stellungnahme zu Deutschland und zur deutschen Einheit ist bis zum Kriegsausbruch 1870 — entgegen andersartiger Ansicht — keineswegs festgelegt. Die offizielle Politik allerdings hat sich seit 1867 endgültig von Preußen abgewandt und eine Allianz mit Österreich gesucht, die den Status quo, d. h. die Selbständigkeit Süddeutschlands garantieren sollte. Napoleon und seine Umgebung haben hier mindestens zeitweise an ein eigentliches offensives Vorgehen gedacht<sup>156</sup>. Eine neue diplomatische Niederlage mußte mit allen Mitteln vermieden werden, wenn die Dynastie nicht gefährdet werden sollte<sup>157</sup>. Mit einem Krieg zwischen Frankreich und Preußen scheint Napoleon gerechnet zu haben.

Die Stimmen aus dem bonapartistischen und nationalistischen Lager, die zweifellos eine militärische Auseinandersetzung um die deutsche Einigung wünschen und zeitweise anstreben, dürfen aber nicht verallgemeinert oder als geschlossener Ausdruck der weiteren öffentlichen Meinung ausgelegt werden<sup>158</sup>. Die Illusionen vom idealistischen und friedlichen Deutschland sind allerdings zerstört. Selbst ein Taine urteilt nun recht hart<sup>159</sup>. Das Deutschlandbild Madame de Staëls ist bereits weitgehend durch das Bild des gewaltsam vorgehenden, nationalistischen und auch militaristischen Preu-

---

<sup>155</sup> SPULLER, *La Prusse et démocratie du Sud de l'Allemagne*, Bd. II, 1868.

<sup>156</sup> ONCKEN I, 59ff.

<sup>157</sup> «Krieg war für Napoleon ... eine bittere Notwendigkeit.» WERNER NÄF, *Die Epochen der neueren Geschichte*, Aarau 1946, Bd. II, 238.

<sup>158</sup> ONCKEN I, 94 und passim. Er belegt denn auch jeweils mit Girardin oder mit Cassagnacs «Pays». Ebenso JOHANNES HALLER, der behauptet, daß Frankreich ab 1867 «kriegslustig» wurde. *Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen*, 3. Aufl., Stuttgart 1936, S. 158.

<sup>159</sup> Am 28. 12. 1869. «L'Allemand se transforme et change de caractère. Il devient orgueilleux, méprisant, injuste avec les étrangers. Il perd tout à fait la largeur d'esprit cosmopolite, la tolérance, la sympathie pour autrui qu'il avait sous Goethe... l'Allemand a rêvé ... maintenant il agit.» *Correspondance* II, 357—358.

Ben verdrängt<sup>160</sup>. Andererseits ist man sich in weiteren Kreisen der militärischen wie allgemein politischen Schwäche Frankreichs bewußt; die Opposition setzt hier denn auch ein, indem sie die Machteinbuße Frankreichs der Regierung zur Last legt. Wohlwollende Urteile finden sich auch jetzt noch — vor allem in der «Revue des deux mondes» — und selbst antipreußische Kreise haben die deutsche Einheit weitgehend akzeptiert und rechnen mit einem baldigen Überschreiten der Mainlinie und der Angliederung Süddeutschlands, gegen die sich Frankreich zwar auflehnen, aber wohl kaum militärisch zur Wehr setzen kann. Der Wille zum Frieden ist ausgeprägt, und das Hauptinteresse ist eindeutig auf die Innenpolitik gerichtet.

Die Nachricht, daß Leopold von Hohenzollern die spanische Thronkandidatur angenommen habe, wird in Paris am 3. Juli bekannt. Die Regierungskreise sind bestürzt und entschlossen, die Kandidatur in der einen oder anderen Weise zu verhindern. Vor allem Außenminister Gramont setzt sich nun für einen energischen Kurs ein, darin an die Politik Drouyn de Lhuys' anknüpfend. Mit einem Kriege scheint er bereits recht früh gerechnet zu haben. Am 3. Juli schreibt er an Ollivier: «Dès demain nous commencerons dans la Presse une campagne prudente mais efficace»<sup>161</sup>. Es ist also nicht erstaunlich, wenn in den folgenden Tagen die offiziellen und halb-offiziellen Organe wie «Constitutionnel», «Patrie», «Gaulois» gegen die Kandidatur protestieren. Noch deutlicher und energischer natürlich die nationalistische Presse wie «Pays», «Presse»<sup>162</sup>, «Soir». Cassagnac sieht nun die gewünschte Gelegenheit gekommen, sein Programm zu verwirklichen und rechnet bereits mit Krieg oder

---

<sup>160</sup> Wir nennen hier noch ALEXANDRE DUMAS, *La terreur prussienne*, 2 Bde., Paris 1868. In Romanform wird das preußische Vorgehen in Hannover und Frankfurt 1866 dargestellt.

<sup>161</sup> *L'empire libéral*, Bd. XIV, 23. Dazu: E. M. CARROLL, *French public opinion on war with Prussia in 1870*, in: *The American Historical Review* 1926.

<sup>162</sup> Z. B. am 5. 7. «La Prusse trônera ainsi à Berlin et à Madrid, sur le Rhin et derrière les Pyrénées, comme elle trône en Roumanie ... ce sera un second Sadowa et cette fois directement contre nous. Quatre années auront suffi à cette œuvre. L'activité de M. de Bismarck est réellement dévorante.»

dann mit einer eindeutigen Niederlage Bismarcks. Er spricht von der Monarchie Karls V. und von der Notwendigkeit, die Hohenzollern-Kandidatur zu verhindern. Der «Pays» vom 6. 7. enthält einen Leitartikel «Le Rhin français»; die Schicksalsfrage zwischen Frankreich und Preußen sei gestellt<sup>163</sup>. Bei diesen Blättern kann von einem eigentlichen Willen zum Krieg gesprochen werden, wobei außen- wie innenpolitische Motive mitspielen. Der ebenfalls nationalistische Emile de Girardin allerdings nimmt in der «Liberté» die ganze Frage noch nicht ernst.

Es ist aber verfehlt, vor dem 6. Juli von einer allgemeinen Empörung oder gar von Kriegsstimmung zu sprechen<sup>164</sup>. Die Öffentlichkeit und die Presse sind über den eigentlichen Sachverhalt kaum orientiert und die Kandidatur kam viel zu überraschend, als daß man den außenpolitischen Aspekt sofort richtig hätte erwägen können. Man glaubte zudem, es handle sich um eine persönliche Aktion Prim's und erwartete eine Ablehnung durch die spanischen Cortès. Die unabhängige und oppositionelle Presse zeigt sich denn auch zurückhaltend. Man erkennt zwar, daß es sich um eine «nouvelle grave» handelt, glaubt aber weder Ursache noch Recht oder Möglichkeit zu einem Eingreifen zu haben. So schreibt der «Temps» etwa am 6. 7. «Assurément, si la candidature prussienne réussit, ce sera un événement fort grave pour la France, mais les fautes de notre politique passée ne nous laissent guère d'autre alternative que la résignation». Der deutschfreundliche «Journal des Débats»

<sup>163</sup> «Nous ne voulons pas une Prusse du Midi, comme cela n'a que trop l'air de vouloir se négocier . . . Le succès d'une semblable démarche, s'il était possible, s'il devait réellement amener un roi prussien à Madrid, serait la reconstitution complète de la monarchie de Charles-Quint dans la maison des Hohenzollern. . . L'Empereur Napoleon III. ne permettra certainement pas à un prince prussien de ceindre la couronne de Charles-Quint. . . » 6. 7.: «La première, c'est que la possession de la rive gauche du Rhin, au moins jusqu'aux confins de l'ancien royaume des Pays-Bas, est pour la France, non pas une bouffée d'ambition, qui serait coupable, non pas une bravade à la nation allemande, qui serait ridicule mais une pensée de sécurité (!) qui est avouable et légitime. . . Ainsi les desseins publics officiellement proclamés de la Prusse amèneront une lutte; et le premier élan jettera la France sur le Rhin, cela est évident.»

<sup>164</sup> OLLIVIER XIV, 40 ff., ist an einem solchen Eindruck interessiert. Vgl. CARROLL, 684ff. CASE, S. 243, hält an der Auffassung Olliviers fest.

will sich nicht weiter aufregen und in der ganzen Frage nur eine dynastische Angelegenheit sehen. Die legitimistische «Gazette de France» glaubt am 6. 7. nicht an die Möglichkeit eines französischen Eingreifens. Die Linkspresse hingegen sieht in erster Linie die neue schwere Niederlage des Kaisers; der vom Sohne Victor Hugos herausgegebene «Rappel», der der jungen Internationalen nahesteht, meint, die französische Diplomatie spiele sich zwar groß auf, könne aber nichts ausrichten. Der «Siècle» gibt sich traditionell deutschfeindlich und wirft der Regierung vor, Sadowa nicht vorausgesehen und vermieden zu haben; aber am 7. 7. wird der Krieg scharf abgelehnt<sup>165</sup>. «Avenir national» urteilt ähnlich. Die Zurückhaltung gegenüber einem Krieg und die Tendenz, die Hohenzollern-Kandidatur zwar als schwere Bedrohung Frankreichs zu beurteilen, aber an der Möglichkeit einer erfolgreichen französischen Verhinderungsaktion zu zweifeln, verdeutlichen sich noch in den Kommentaren zur berühmten und verhängnisvollen Gramont-Erklärung vom 6. Juli.

Ihre Entstehung ist hier nicht darzulegen. Es scheint, daß sie nicht als Ultimatum gedacht war. Ollivier hat sie mitausgearbeitet, und man wird in ihr in erster Linie eine gewisse Unruhe der Regierung sehen müssen und das Bestreben, eine diplomatische Schlappe zu vermeiden und sich den Anschein energischen Auftretens zu geben<sup>166</sup>. Bereits das Parlament und dann vor allem die Presse haben aber die Gramont-Erklärung als ultimative Erklärung aufgefaßt, die mit dem Kriege rechne.

Cassagnac überschreibt im «Pays» einen Leitartikel bereits am 7. 7. mit «La Guerre» und formuliert die neue Situation: «La France ne se reculera pas. Ou la Prusse retirera ses prétentions ou elle se battra.» Gleichzeitig gibt er aber auch zu, daß die Hohenzollern-Kandidatur nicht das Entscheidende sei, sondern die geschwächte

---

<sup>165</sup> «Si malheureusement pour le monde et pour elle, la France faisait aujourd'hui la guerre, elle voudrait d'abord l'avoir elle-même décidée, et savoir au juste pourquoi elle la ferait.»

<sup>166</sup> OLLIVIER XIV, 110. Nach SCHNERB wollte sich Ollivier deutlich gegen Rouher abgrenzen, *Rouher* S. 272. Dazu: JOCHEN DITTRICH, *Bismarck, Frankreich und die Hohenzollernkandidatur*, in: *Die Welt als Geschichte*, 1953/1, S. 48.

Situation des Kaiserreiches und die latente Spannung mit Preußen<sup>167</sup>. Jedenfalls will er es so verstanden haben. Die Erklärung Gramonts wird freudig begrüßt; ein Kongreß oder eine Konferenz wird abgelehnt. In ganz ähnlich nationalistischem Ton äußern sich «Soir», «Presse», «Gaulois» und nun auch Girardins «Liberté».

Der «Temps» hingegen spricht von der «opinion émue» und von diesem «espèce de fureur» der offiziellen und halboffiziellen Presse; er protestiert gegen die kriegstreibende Sprache, die die diplomatische Aktion erschwere. Den inneren Konflikt jener Kreise, die seit langem vor Preußen und einer kommenden deutschen Großmacht gewarnt haben, faßt Ludovic Halévy am 7. 7. sehr scharf in die Worte: «On est violemment partagé entre deux sentiments contraires: l'horreur de la guerre et l'horreur de la Prusse»<sup>168</sup>. Der «Journal des Débats» lehnt das Bild einer Universalmonarchie und einen Krieg ab, im «Siècle» wird die Regierung ein «enfant capricieux et dépité» genannt<sup>169</sup>, der «Rappel» spricht von einem «faute plus grave ajoutée aux fautes graves que le gouvernement a déjà commises dans cette déplorable affaire... en vérité, le gouvernement voudrait allumer une guerre européenne qu'il ne parlerait pas autrement que n'a parlé hier son ministre des affaires étrangères». In der Kammer haben Garnier-Pagès, Ernest Picard und Jules Favre gegen die Erklärung Gramonts protestiert und die Vorweisung der diplomatischen Unterlagen verlangt. Von einer allgemeinen Kriegsstimmung kann also nicht gut gesprochen werden, wenn wir von der extremen Gruppe der Cassagnac, Duvernois und Girardin absehen. Dem entspricht auch die Bemerkung Mérimées vom 7. Juli: «notre belliqueuse nation a pris fort mal l'idée d'une guerre»<sup>170</sup>.

<sup>167</sup> «Cette affaire d'Espagne, qui eût été sans importance il y a dix ans, est la goutte d'eau qui fait déborder notre calice trop plein d'amertume», 7. 7. Die «Presse» am 9. 7.: «Ne parlons donc pas d'une lutte stérile autour du trône le plus fragile du continent...»

<sup>168</sup> *Carnets* S. 165.

<sup>169</sup> Am 8. 7.: «Nous espérons, quant à nous, que la guerre sera évitée si des fautes nouvelles ne viennent pas aggraver la situation. Nous l'espérons parce que le prétexte du conflit est hors de proportion avec la gravité des conséquences qu'entraînerait une rupture ouverte.»

<sup>170</sup> An Panizzi, *Lettres* II, 423.

Eine allgemeine Unruhe tritt aber in Paris nach dem 6. Juli deutlich in Erscheinung. Weite Kreise der öffentlichen Meinung verlangen ein energisches Auftreten gegenüber Preußen und betrachten die Hohenzollern-Kandidatur als Herausforderung Frankreichs<sup>171</sup>. Die offizielle Presse, die keinen versöhnlichen Ton spricht und mit dem Kriege zu rechnen scheint, reizt und verstärkt die ohnehin schon latent vorhandene Spannung. Der «Journal des Débats», der «Siècle» und der «Rappel» protestieren gegen diesen Ton, der zum Kriege führe. Man gewinne die Überzeugung, daß die Regierung gar nicht so sehr an einer Regelung der Hohenzollern-Kandidatur, als an einer endgültigen Abrechnung mit Preußen und an der Wiederherstellung ihres Prestiges interessiert sei. Der «Rappel» publiziert am 12. 7. einen Brief Michelets an den Redaktor. Enttäuscht und entrüstet protestiert der greise Historiker gegen die Regierung, die Frankreich gegen seinen Willen in den Krieg treibe. «Plantons le drapeau de la paix! Guerre à ceux-là seuls qui pourraient vouloir la guerre en ce monde<sup>172</sup>!» Bis zuletzt bleibt Michelet seiner Idee der nationalen Selbstbestimmung, die auch für Deutschland gilt, der Idee des Volkes und des Friedens verpflichtet<sup>173</sup>. Der «Pays» aber spricht am 12. 7. vom «Parti des lâches», behandelt den Aufruf Michelets in infamer Weise, zählt den «Temps» zum «parti des peureux et des gens de mauvaise foi» und faßt die linksoppositionellen Blätter unter dem Stichwort «les Prussiens en France» zusammen.

Am 13. Juli begrüßen die genannten liberalen und demokratischen Blätter den Verzicht Leopolds von Hohenzollern als Sieg der Vernunft und als glücklichen Ausgang aus einer ungemein prekären

---

<sup>171</sup> CASE S. 246f.

<sup>172</sup> Wieder abgedruckt bei J. M. CARRÉ, *Michelet et son temps*, Paris 1926, S. 225. Dazu auch KÄGI, *Michelet und Deutschland*, S. 173.

<sup>173</sup> Vor Ausbruch des Krieges schreibt Michelet an Paul Meurice: «Imbéciles! regardez seulement où est l'Idée, l'idée supérieure de l'Europe. Elle est en deux nations: L'Allemagne, l'Italie veulent l'unité; elles l'auront. Quand vous mettez le mande dans le sang jusqu'au genou, cela sera. Bismarck est désagréable? que m'importe!... Cela n'empêche pas l'énorme légitimité de la grande Allemande qui veut être une et le sera...» CARRÉ S. 226. Außerdem GABRIEL MONOD, *Jules Michelet*, Paris 1905, S. 37.

und verworrenen Lage. Diplomatische Kreise sprechen von einem diplomatischen Erfolg Frankreichs. Thiers fordert nun die Regierung auf, sich zu begnügen und dem nationalistischen Verlangen nach einer Garantieerklärung zu widerstehen<sup>174</sup>. Der Friede scheint gesichert<sup>175</sup>. Demgegenüber spricht nun Cassagnac vom «ministère de la honte... on répond: c'est la chute du cabinet et c'est la guerre»<sup>176</sup>.

In einer weiteren Öffentlichkeit wurde die Verzichtleistung Leopolds von Hohenzollern als ungenügend erachtet. Dem patriotischen Taumel und der Entstehung einer weitverbreiteten Kriegsstimmung war nicht mehr Einhalt zu gebieten<sup>177</sup>. Während eine Front von den Legitimisten und Orleanisten bis zu den Republikanern und Sozialisten die kaiserliche Politik seit der Gramont-Erklärung verurteilt und sich scharf gegen jede kriegerische Aktion ausspricht, ertönen in Paris die Rufe nach Krieg, nach dem Rhein und «à Berlin!» Die Ursachen dieser Psychose sind schwer nachzuweisen. Wichtig sind zweifellos das weit verbreitete Bewußtsein einer langen Reihe diplomatischer Niederlagen und ein seit langem gespanntes Verhältnis zu Deutschland. Man wird weiterhin den genannten Einfluß der offiziellen Presse in Rechnung stellen und die verdeckte Förderung dieser Atmosphäre durch Polizei und andere behördliche Mittel in Erwägung ziehen müssen. Ollivier hat zwar den Rückzug der Hohenzollern-Kandidatur ehrlich begrüßt, steht nun aber unter dem Druck Gramonts. Die extremistischen Kreise drängen am Hofe auf eine energische Haltung. Es steht fest, daß das innenpolitische Problem und die Hoffnung, dem an Boden

---

<sup>174</sup> PIERRE MURET, *Emile Ollivier et le Duc de Gramont les 12 et 13 juillet 1870*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 1910, S. 306.

<sup>175</sup> *Journal des Débats*: «Enfin, nous l'espérons du moins, nous sommes sortis de la crise qui semblait hier encore devoir aboutir à une guerre sanglante... Nous espérons que le gouvernement ne se laissera pas émouvoir par les clameurs des partis extrêmes.» 14. 7. 1870. *Siècle*: «Nous croyons donc au maintien de la paix.» 14. 7. *Rappel*: Louis Blanc am 14. 7. in einem Artikel «Quels sont les patriotes...» *Temps*: «La crise franco-prussienne est terminée, toute crainte de guerre a heureusement disparu... profonde satisfaction.» 14. 7.

<sup>176</sup> Die «*Presse*» am 14. 7. «satisfactions impossibles...».

<sup>177</sup> CASE S. 252f.

verlierenden Kaisertum einen neuen Erfolg zu verschaffen, mitgesprochen haben.

Auf das Nähere dieses Hintergrundes und auf die Frage, wie es schließlich zur Kriegserklärung in der Kammer am 15. Juli kam, ist hier nicht einzugehen. Gut bekannt ist, wie Thiers gegen die Regierungserklärung protestiert, die diplomatischen Dokumente vorgewiesen haben will und feststellt, daß der Rückzug der Kandidatur genügt und die Prestigefrage nicht Kriegsgrund werden dürfe. «Plus que personne, je le répète, je désire la réparation des événements dès 1866; mais je trouve l'occasion détestablement choisie<sup>178</sup>». Gegen die Kriegspsychose war aber nicht aufzukommen. Die Mehrheit der Kammer hat die Redner der Opposition, Garnier-Pagès, Grévy, Pelletan, Favre, Ferry, Picard und Gambetta, niedergeschrien und verunglimpft. Man wird aber auch hier daran erinnern müssen, daß es sich nicht um eine demokratisch gewählte Kammer handelte.

Ein entsprechendes Bild bietet wiederum die Presse. Während nun Granier de Cassagnac den gewünschten Krieg begrüßen kann und bereits von der «Grande Armée» redet, drückt die restliche Presse — sofern sie nicht offiziellen oder halboffiziellen Charakter hat — ihr Bedauern oder sogar ihre Entrüstung aus. So der «Temps», der «Journal des Débats», der «Siècle», der «Rappel», der «Réveil». Duverger de Hauranne<sup>179</sup> und Charles de Rémusat<sup>180</sup> sind ebenso betroffen über den unnötigen Krieg und protestieren ebenso gegen diesen letzten «Erfolg» Napoleons III. wie Flaubert<sup>181</sup> und George

---

<sup>178</sup> *Discours parlementaires* XII, 647. «Mais toute guerre avant que la Prusse ne commît une nouvelle usurpation matérielle, me semblait une folie.» An Duverger de Hauranne am 17. Juli. HALÉVY, *Courrier* S. 411.

<sup>179</sup> An Thiers am 16. 7.: «... du moins il ne sera pas dit que c'est le parti libéral ou radical qui a voulu la guerre.» Bibliothèque Nationale, Nouv. Acquis. Papiers Thiers, XX, Correspondance 1870.

<sup>180</sup> «Quel gouvernement, quelle chambre et aussi quel public!» An Thiers am 17. 7. a. a. O.

<sup>181</sup> «Moi je suis écoeuré, navré par la bêtise de mes compatriotes. L'irré-médiable barbarie de l'humanité m'emplit d'une tristesse noire. Cet enthousiasme qui n'a pour mobile aucune idée, me donne envie de crever pour ne plus le voir.» *Correspondance* III, 258. An George Sand am 20. 7.

Sand<sup>182</sup>, Edgar Quinet<sup>183</sup> und Allain-Targé<sup>184</sup>, Michelet<sup>185</sup> und Renan<sup>186</sup>. Zweifellos sind die Beweggründe verschieden: bei Thiers ist es die realpolitische Einsicht, daß die Gelegenheit, der deutschen Einigungsbewegung Einhalt zu gebieten und eventuell bereits Erreichtes rückgängig zu machen, denkbar schlecht gewählt sei und die Politik Frankreichs nicht nur militärisch zur Niederlage, sondern gleichzeitig zum Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund führen könnte; bei den Republikanern steht der Protest im Vordergrund, in einen scheinbar rein dynastischen Konflikt hineingezogen zu werden, der zudem der Festigung des verhaßten Kaiserreiches förderlich sein wird; für Michelet bedeutet der deutsch-französische Krieg die Zerstörung seines romantisch gefärbten Deutschlandbildes und aller seiner Hoffnungen auf Völker-

<sup>182</sup> «Je suis très triste, et, cette fois, mon vieux patriotisme, ma passion pour le tambour ne se réveillent pas. Les républicains qui font faute sur faute, ont poussé le gouvernement à un excès de susceptibilité qui fait bien son affaire et nullement la leur. Tout le monde devient fou. Il faut en prendre son parti et avaler la décadence jusqu'à la lie.» *Correspondance* VI, 3. An M<sup>me</sup> Ed. Adam am 14. 7.

<sup>183</sup> «La voilà donc, cette guerre entre les décembristes et l'Allemagne. La France ne sait pas même de quoi il s'agit. Elle n'a pas été consultée. Pour les décembristes, c'est un besoin de couvrir leurs crimes; ils veulent dépayser, égarer la nation...» «Que ne puis-je empêcher de se haïr ceux qui vont s'entre-tuer aujourd'hui! La vraie barbarie est cette haine de race à race, de peuple à peuple, qui s'engendre dans le carnage; car elle survit aux morts et elle empoisonne l'avenir...» *Lettres d'exil* IV, 289ff. Am 18. 7.

<sup>184</sup> «Je suis écœuré des cris que j'entends pousser à un tas de gens qui rentrent chez eux pour changer de flanelle après s'être échauffés à hurler qu'il faut aller au Rhin! au Rhin!» An seinen Vater, ohne Tag, S. 209.

<sup>185</sup> Am 16. 7. an einen Schüler: «Die Ereignisse haben sich überstürzt... das Verbrechen ist begangen...» Zit. bei KÄGI S. 175. Michelet unterstützt dann noch einen Aufruf der Internationalen an das deutsche und französische Volk zur Verhinderung des Krieges.

<sup>186</sup> «J'ai toujours regardé la guerre entre la France et l'Allemagne comme le plus grand malheur qui pût arriver à la civilisation... la grandeur intellectuelle et morale de l'Europe repose sur une triple alliance entre la France, l'Allemagne et l'Angleterre. Unies, ces trois grandes forces conduiraient le monde et le conduiraient bien...» *La Guerre entre la France et l'Allemagne*, zuerst erschienen in der «Revue des deux mondes» vom 15. 9. 1870; wir zitieren aus *Oeuvres complètes*, Bd. I, 409. Ähnliche Urteile finden sich öfters in Briefen und Schriften.

verständigung und demokratisch-liberale Entwicklung; Renan, der die deutsche Wissenschaft bewundert und die Berechtigung einer deutschen Einheit stets anerkannt hat, muß einsehen, daß die Realisierung seines Ideals einer deutsch-französischen Symbiose und einer geistigen Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland und England in weite Ferne gerückt ist. «L'harmonie intellectuelle, morale, politique, de l'humanité est rompue; une aigre dissonance se mêlera au concert de la société européenne pendant des siècles<sup>187</sup>».

Man erkennt: jenes vorschnelle Schließen von der Kammer-sitzung des 15. Juli 1870 auf eine allgemeine Kriegsbegeisterung und aggressive Deutschfeindlichkeit der öffentlichen Meinung bedarf einer näheren Interpretation. Es ist richtig — wie bereits gesagt —, daß in Paris nach dem 6. Juli eine allgemeine Unruhe um sich gegriffen, und nach dem 13. Juli und vor allem nach der Kriegserklärung eine eigentliche Kriegspsychose geherrscht hat, beeinflußt von der offiziellen Presse und den extrem bonapartistischen und nationalistischen Kreisen. Von einer Führung durch die geistige Elite des Landes kann aber keine Rede sein. Bei näherem Zusehen zeigt sich die Presse unerwartet gemäßigt und zurückhaltend, indem sie nach einer friedlichen Lösung Ausschau hält oder bereits resigniert und das neue «fait accompli» akzeptiert. Und bei den hervorragenden Vertretern des politischen und kulturellen Lebens können wir Betrübnis, Proteststimmung und eine bewußte Distanzierung gegenüber der Regierungspolitik und dem Kriegstaumel der Pariser Bevölkerung erkennen.

Die weitere Entwicklung ist hier nicht zu schildern. In den folgenden Wochen und Monaten hat sich zweifellos manches geändert. Wenn man die Verantwortung des Krieges auch dem herrschenden Regime und dem Kaiser oder der Politik Bismarcks zuschrieb, so mußte der Krieg doch in seinem weiteren Verlauf — vor allem nach Sedan und dem Sturz Napoleons — als nationaler verstanden werden. Die Niederlagen der französischen Armee, die neuen Methoden der Kriegführung und die Belagerung von Paris haben einen nationalen Verteidigungswillen geschaffen — selbst ein Flaubert beteiligt sich an militärischen Vorbereitungen —, oder in einer neuen Version

<sup>187</sup> S. 410.

des revolutionären Volkskrieges jene humanitäre und doch so durchaus national-französische Begeisterung hervorgerufen. Emigranten wie Edgar Quinet und Victor Hugo kehrten eilig nach Paris zurück, Michelet schrieb aus tiefster nationaler Anteilnahme seinen Aufruf «La France devant le monde»; Dichter schlugen nationalistische Töne an. Schließlich hat die elsäß-lothringische Frage Frankreich geschlossen zu Protest und Entrüstung aufgerufen und über den Krieg hinaus die Kluft zwischen Frankreich und Deutschland nicht schließen lassen und das beidseitige Verhältnis vergiftet.

Wie können die einleitend aufgeworfenen Fragen nun zusammenfassend beantwortet werden?

Das Deutschlandbild der Madame de Staël bleibt auch in der Periode 1852—1870 lebendig, verliert aber an Bedeutung und Allgemeingültigkeit und wird zusehends durch ein diametral entgegengesetztes ersetzt, das die politisch-wirtschaftliche Aktivität, die Rücksichtslosigkeit in den Mitteln und die reaktionäre und nationalistisch-militaristische Staatsstruktur in den Vordergrund rückt. Tiefempfundene Sympathie für Deutschland wird selten und basiert in erster Linie auf dessen philosophischen und wissenschaftlichen Leistungen, die oft als Vorbild dienen und als Beiträge in der geistigen Führung Europas begrüßt werden. Die beiden führenden Organe des gebildeten Bürgertums, der «Journal des Débats» und die «Revue des deux mondes» sind bis 1870 ausgesprochen deutschfreundlich.

Die Rolle und Wirkung der Idee der nationalen Selbstbestimmung und einer auf das Nationalitätenprinzip aufbauenden Politik muß hervorgehoben werden, insbesondere wenn die öffentliche Meinung erfaßt werden soll. Diese Politik ist außerordentlich populär, führt zu einer weit verbreiteten Verurteilung der traditionellen Interessen- und Machtpolitik und kontrastiert bis in die späten 60er Jahre mit der klassischen Deutschlandpolitik. Die italienische Frage steht im Mittelpunkt der Diskussion, und die Behandlung der deutschen Angelegenheiten erfolgt oft als Konsequenz einer bestimmten Stellungnahme in der italienischen Einigungsbewegung. Die Reorganisierung des Deutschen Bundes wird begrüßt und oft

sogar gefordert; in weiten Kreisen wird Deutschland das Recht zuerkannt, sich zu einigen und einen eigenen Staat zu bilden.

Die Überschätzung der Kraft und der Entwicklungsmöglichkeiten der liberalen Idee in Deutschland läßt lange die politisch entscheidende Frage, ob ein deutscher Nationalstaat als Bedrohung Frankreichs zu betrachten und daher rechtzeitig zu verhindern sei, zurücktreten. Man erwartet liberale Fortschritte in Preußen und in den anderen deutschen Einzelstaaten und kann mit dem Hinweis auf den friedlichen Charakter eines liberal oder gar demokratisch aufgebauten deutschen Nationalstaates der eigentlichen Problematik ausweichen. Eine eindeutige Stellungnahme für Österreich, sowohl in dessen Versuch, den preußischen Ansprüchen in der gesamtdeutschen Regelung entgegenzuwirken, als auch in dessen Bestrebungen, Süddeutschland an sich zu binden, kann in jenen Kreisen, die am Nationalitätenprinzip festhalten, nur sehr bedingt erfolgen, da man im Habsburgerstaat den Feind der italienischen Befreiung, den Gegner der Nationalitäten und zugleich den katholisch-reaktionären Herrschaftsstaat verkörpert sieht. Preußen und Deutschland scheinen bis 1866 dem «modernen» Geiste näher zu stehen. Eine alte Abneigung gegenüber Österreich, die seit 1815 verschiedentlich neu akzentuiert worden ist, kann nur schwer überwunden werden, während andererseits das Deutschlandbild Madame de Staëls lange auf die politische Stellungnahme gegenüber Deutschland abfärbt. Nur so ist erklärbar, daß in der Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich die Sympathien weiter Kreise auf Seiten des ersteren stehen und Zeitungen der demokratisch-republikanischen Opposition bis Sadowa für Preußen Stellung nehmen.

Offen auf Seiten Österreichs stehen die Legitimisten und Katholiken und die einflußreichen Politiker und Publizisten des Julikönigtums, die wir als Orleanisten zusammengefaßt haben und zu denen vor allem Thiers, Guizot, Mignet, Rémusat und Prévost-Paradol zu zählen sind. Das Nationalitätenprinzip wird hier nicht anerkannt; die Kriterien einer französischen Außenpolitik bleiben die traditionellen und «realistischen». Die deutsche Einigungsbewegung wird hier früh und bestimmt abgelehnt, da die Machtstellung Frankreichs nur bei einem locker organisierten Deutschland garantiert

erscheint und der Gegensatz zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten als Sicherung Frankreichs betrachtet wird. Man verlangt eine Allianz mit England und Österreich, um eine preußische Annexionsbewegung zu verhindern, den Status quo aufrechtzuerhalten und nach 1866 den Einfluß Österreichs im süddeutschen Raum zu stärken.

Vielfältig ist jene Gruppe liberaler und republikanischer Oppositioneller, die im «Temps» ein von Auguste Nefftzer glänzend redigiertes Sprachrohr gefunden hat. Neben den Emigranten Edgar Quinet und Louis Blanc sind ihr Ferry, Brisson, Challemel-Lacour u. a. beizuzählen. Die Verträge von 1815 werden abgelehnt, und das Nationalitätenprinzip wird anerkannt. Nefftzer geht dabei von einer ausgesprochenen Deutschfreundlichkeit aus. Aber es handelt sich um eine neue Generation von Politikern, die weder mit dem Deutschlandbild der Staël, noch mit dem romantisch-demokratischen Europabild der 30er und 40er Jahre aufgewachsen ist und die Feindschaft zu Österreich nicht mehr als Grundsatz kennt. Der nationale und liberale Gedanke führt hier zu einer anti-preußischen Stellungnahme und zu einer sehr kritischen Haltung gegenüber Deutschland. Die Politik Bismarcks stößt ab 1864 auf wachsende Kritik und Ablehnung. Man sieht in ihr weniger den nationalen Zusammenschluß des deutschen Volkes als eine machtmäßig vorgehende preußische Expansionspolitik, die sich schließlich gegen Frankreich wenden wird. Man kritisiert die Außenpolitik Napoleons III., sieht sich aber aus Gründen der Innen- wie Außenpolitik gezwungen, die jeweiligen Schritte und Erfolge Bismarcks zu akzeptieren.

Eine eigentlich kriegerische Politik, die Frankreichs Macht wieder herstellen und Bismarck mit Waffengewalt Widerstand leisten möchte, wird nur von jenen nationalistisch-bonapartistischen Kreisen vertreten, die sich ab 1867 deutlicher abzeichnen und mit den Zeitungen «Pays», «Liberté» und «Soir» die öffentliche Meinung beeinflussen. Die Sprache der Girardin, Duvernois und Cassagnac ist von einer hemmungslosen Demagogie und zweifellos nicht ohne Wirkung geblieben.

Auch in der Frage der Rheinfront und der Rückgewinnung der «natürlichen Grenzen» sind diese Gruppen zu unterscheiden;

die Antworten dürfen nicht aus der jeweiligen Gesamtkonzeption herausgelöst werden. Wir sahen, daß die Grenzen von 1814 oder sogar von 1801 seit 1860 immer wieder von Zeitungen wie «Opinion Nationale», «Siècle» und «Avenir National» verlangt werden. Das Nationalitätenprinzip verbindet sich hier in eigenartiger Weise mit dem an sich ja zweifellos unvereinbaren Prinzip der «natürlichen Grenzen». Beides wird als Erbe der Revolution ausgegeben und gleichzeitig mit der Vorstellung einer endgültigen Befriedung Europas überdeckt. Man darf in diesen Stimmen Epigonen der Hugo, Ledru-Rollin, Lamartine sehen. Die Forderung auf Abtretung der Rheinprovinzen verbindet sich jeweils mit der Anerkennung einer bis zum Rhein fortschreitenden deutschen Einigungsbewegung. Mag der opportunistische Charakter auch deutlich hervortreten und dürfen gewisse Beziehungen zu Regierungskreisen nicht übersehen werden, so ist es doch verfehlt, darin nur Eroberungswillen oder gar einen gegen Deutschland gerichteten Kriegswillen sehen zu wollen.

Demgegenüber ist die Rheinfrage bei den Orleanisten durchaus machtpolitisch gemeint. Frankreich soll vergrößert und verstärkt werden, um seiner europäischen Führungsfunktion nachkommen zu können. Gleichzeitig muß aber die Kompensationspolitik Napoleons III. zurückgewiesen werden, weil diese durch Vereinbarungen mit Preußen erfolgt. Thiers und Prévost-Paradol basieren ihre Politik auf der Unterstützung Süddeutschlands und Österreichs gegen Preußen und sehen sich daher gezwungen, momentan auf Annexionen und Kompensationen zu verzichten. Diese Verschiebung der Fronten muß im Auge behalten werden. Während bei der Gruppe «Temps» die Frage der «natürlichen Grenzen» keine Rolle spielt — auch hier zeigt sich eine gewisse Distanz zur revolutionären Überlieferung — gliedert sich der Ruf nach dem Rhein oder gar nach Belgien bei Girardin und Cassagnac in ihr nationalistisches und offensives Programm ein, ohne aber dieses eigentlich zu veranlassen.

Von einer grundsätzlichen Stellungnahme gegen die deutsche Einigungsbewegung seit 1848 und einer konsequenten anti-preußischen Haltung der öffentlichen Meinung kann keine Rede sein. Wir möchten sogar die Frage aufwerfen, ob jene oft wiederholte Be-

hauptung richtig sei, daß die deutsche Einigung ohne einen Krieg mit Frankreich nicht möglich war, da dieses die Überschreitung der Mainlinie, d. h. die Hereinnahme der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund, in jedem Falle zu verhindern versucht hätte. Es erscheint uns als sehr fraglich, ob Frankreich zu den Waffen gegriffen hätte, wenn die deutsche Einigung wirklich gewachsen und das Ergebnis einer längeren Entwicklung gewesen wäre. Es ist zwar wohl richtig, daß Bismarck — im Gegensatz zu seinen eigenen Aussagen aus späteren Jahren — den Krieg mit Frankreich nicht systematisch vorbereitet hat und die Hohenzollern-Kandidatur als «diplomatisches Kampfmittel» gebrauchte, um in Frankreich eine konstitutionelle oder revolutionäre Entwicklung auszulösen, die eine friedliche Einigung Deutschlands gestattet hätte<sup>188</sup>. Sollte Napoleon III. Widerstand leisten, so war Bismarck von einem deutschen Sieg überzeugt. Indem er aber die innerdeutsche Auseinandersetzung zu einer Frage der europäischen Diplomatie werden ließ und die Möglichkeit einer Umklammerung Frankreichs heraufbeschwor, hat er die Spannungen zwischen Preußen und Frankreich außerordentlich verschärft und dieses vor die entscheidende Frage gestellt: eindeutige diplomatische Niederlage, Sturz des Regimes oder Krieg. Mit diesem Umwege aber ist eine resignierte Hinnahme der deutschen Einigung durch Frankreich — wir haben die Ansätze zu einer solchen Stellungnahme nachgewiesen — außerordentlich erschwert oder gar verunmöglicht worden.

---

<sup>188</sup> DITTRICH S. 46. Damit wird aber zugegeben, daß Frankreich die deutsche Einigung nicht in jedem Falle mit Krieg beantworten mußte und bei günstigerer innenpolitischer Konstellation zur Akzeptierung der deutschen Einheit bereit gewesen wäre. Dazu auch PIERRE RENOUVIN, *Histoire des relations internationales*, Bd. V, Le XIX<sup>e</sup> siècle, I 1815—1871, Paris 1954, S. 375—382.